



Gemeinde
HORW

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Maya Niederberger
Telefon 041 349 12 51
E-Mail maya.niederberger@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **26. Juni 2025, 13.30 Uhr – 18.05 Uhr**
Sitzungsort **Aula Schulhaus Allmend**
Vorsitz **Bettina Beck Bertschmann**

PROTOKOLL NR. 432

Anwesend	25 Einwohnerratsmitglieder 5 Gemeinderatsmitglieder 1 Gemeindeschreiber	Entschuldigt	Leandro Bezzola, Die Mitte Leo Camenzind, Die Mitte Larissa Lehner, L20 Daniela Luthiger, Die Mitte Eliane Nater, L20 (15.30-17.50 Uhr) Ivan Studer, Die Mitte
----------	---	--------------	---

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag Nr. 1769 Finanzstrategie 2026-2031 3
2. Bericht und Antrag Nr. 1770 Investitionsprogramm 2026-2031 16
3. Bericht und Antrag Nr. 1768 Planungsbericht "Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof - Teil West" 21
4. Fragestunde 32
5. Dringliches Postulat Nr. 2025-800 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Solidarität mit den Menschen im Lötschental 33
6. Ersatzwahlen Kommissionen:
 - Geschäftsprüfungskommission
 - Controllingkommission "Ergänzungsbau Schulanlage Allmend"
 - nichtständige Kommission "Personalreglement" 34
7. Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2025/2026:
 - Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrats
 - Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrats
 - Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrats sowie deren oder dessen Stellvertretung
 - Wahl von zwei Stimmezählerinnen oder -zählern des Einwohnerrats sowie deren oder dessen Stellvertretungen 35

Mitteilungen

Die Einladung für das LUSTAT-Meeting vom 19. November 2025 finden Sie heute auf Ihrem Pult.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Repräsentationen

27. Mai 2025 KG Versammlung Katholische Kirchgemeinde
10. Juni 2025 GV Verein Waldregion Pilatus-Nord
13. Juni 2025 GV Verein Skiclub Horw
22. Juni 2025 140 Jahr-Jubiläum Kirchenchor St. Katharina Horw

Entschuldigungen

Entschuldigt sind heute Leandro Bezzola, Die Mitte, Leo Camenzind, Die Mitte, Daniela Luthiger, Die Mitte, Ivan Studer, Die Mitte und Larissa Lehner, L20. Teilweise abwesend ist Eliane Nater, L20. Maline Zimmermann, L20, Hans Stampfli, SVP sowie Marc Wiest, Die Mitte, treffen in den nächsten Minuten ein. Wir starten mit 23 Mitgliedern des Einwohnerrats. Da sowohl Fraktionschef Leo Camenzind sowie sein Stellvertreter Ivan Studer abwesend sind, ist heute Pius Barmet der Sprecher der Fraktion Die Mitte/GLP. André Fallet, GLP, vertritt Daniela Luthiger als Stimmzähler.

Feststellung gem. Geschäftsordnung ER

Die Einladungen wurden rechtzeitig versandt und die Akten termingerecht zugestellt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind somit verhandlungs- und beschlussfähig.

Protokollgenehmigung

Gegen das Protokoll Nummer 431 der Einwohnerratssitzung vom 22. Mai 2025 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt und wird verdankt.

Einbürgerungen

An der BüDe-Sitzung vom 23. Juni 2025 wurde sieben Personen das Bürgerrecht zugesichert.

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung ist für kein Geschäft Rechtskraft erwachsen.

Neueingänge Vorstösse seit der letzten Sitzung:

- 23. Mai 2025: Postulat Nr. 2025-799 von Maline Zimmermann, L20, und Mitunterzeichnenden: Erlass der Einbürgerungsgebühren für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Gemeinde Horw
- 10. Juni 2025: Dringliches Postulat Nr. 2025-800 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Solidarität mit den Menschen im Lötschental
- 16. Juni 2025: Interpellation Nr. 2025-798 von Pius Barmet, GLP, und Mitunterzeichnenden: Standorte für Cargo-Nextbikes sowie E-Bikes in Horw
- 16. Juni 2025: Postulat Nr. 2025-801 von Pius Barmet, GLP, und Mitunterzeichnenden: Velo-Abstellplätze bei Bushaltestellen

Begründung Dringlichkeit

Ich freue mich, dass der Gemeinderat am 11. Juni 2025 rasch eine finanzielle Unterstützung gesprochen hat. Sie kennen alle die dramatischen Ereignisse im Lötschental. Ich vertrete die Haltung, dass Solidarität Stadt-Berge in solchen Situationen unbedingt spielen sollte. Besonders, wenn eine finanziell gesunde Gemeinde partnerschaftliche Beziehungen zu einer der Gemeinden in der betroffenen Region hat. Ich bin auch der Meinung, dass rasch gehandelt werden soll. Sie kennen die Gesetzmässigkeiten der Öffentlichkeit, dramatische Ereignisse brauchen Aufmerksamkeit, deshalb habe ich das Postulat als dringlich eingereicht.

Stefan Maissen (FDP)

Es ist nicht ganz einfach, hier die Dringlichkeit zu beurteilen. Um das besser machen zu können, möchte ich kurz rekapitulieren, wie das zeitlich gelaufen ist. Am Mittwoch, 28. Mai 2025, war das Ereignis in Blatten. Gleich darauf waren die bei uns für Spenden zuständigen Gemeinderäte der Überzeugung, dass man umgehend helfen sollte. Wir haben ein Budget von 10'000 Franken pro Jahr. 5'000 Franken für Projekte im Inland, 5'000 Franken fürs Ausland. Der Gemeinderat war der Überzeugung, dass man in dieser speziellen Situation den ganzen Betrag an Blatten spenden möchte. Die beiden Gemeinderäte haben einen Bericht und Antrag an den Gemeinderat gemacht, welcher am Montag, 2. Juni 2025, eingereicht wurde, am 5. Juni 2025 wurde das Geschäft traktandiert. An dieser Sitzung wurde beschlossen, dass wir das so machen wollen und dass wir das extern kommunizieren. Gleich nach Pfingsten hat der Gemeinderat die entsprechende Medienmitteilung verabschiedet. Am gleichen Tag, parallel dazu, ist das Postulat eingegangen. Am Mittwoch, 11. Juni 2025 wurde die Medienmitteilung veröffentlicht und am gleichen Tag wurde auch das Postulat auf der Webseite aufgeschaltet. Am Donnerstag, 12. Juni 2025 wurde der Google-Alerts-Newsletter mit beiden Mitteilungen veröffentlicht. Wenn man das so anschaut, als der Postulant am 10. Juni 2025 das Postulat eingereicht hat, war es ganz klar dringlich, denn er konnte zu diesem Zeitpunkt nicht wissen, dass der Gemeinderat bereits aktiv ist und eine Spende beschlossen hat. Rein formal müsste man sagen, dass die Dringlichkeit heute nicht mehr gegeben ist. Da vor zwei Wochen die Dringlichkeit aber ganz klar da war, ist es eine andere Ausgangslage, und es handelt sich um ein Jahrhundertereignis, welches sicher einen ausserordentlichen Entscheid rechtfertigt. Jetzt kommt die Sommerpause und erst im Herbst über das Postulat zu diskutieren, ist für uns nicht sinnvoll. Vis-à-vis dieser Erwägungen sind wir der Meinung, dass wir das Postulat heute als dringlich entgegennehmen. Wir sind bereit, heute im Laufe der Sitzung dazu Stellung zu nehmen.

Gaudenz Zemp (FDP)

Die Dringlichkeit ist nicht bestritten, das Postulat wird unter Traktandum 5 in die heutige Sitzung aufgenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

1. Bericht und Antrag Nr. 1769 Finanzstrategie 2026-2031

Eintreten GPK

Der Gemeinderat legt in der Finanzstrategie die finanziellen Leitsätze und Ziele fest. Horw steht solide da: Nettovermögen, niedriger Steuerfuss und im Vergleich zum Kanton und im Vergleich zu anderen Gemeinden kein Investitionsstau. Diese positive Lage weist auch der Gemeinderat in der Beurteilung der Erfüllung der Finanzstrategie 2021-2026 aus. In der Finanzstrategie 2021-2026 erwartete man damals das Stress-Szenario. Dies hätte bis Ende 2024 zu einem kumulierten Verlust von -51.5 Mio. Franken geführt. Selbst das Optimo-Szenario rechnete mit einem kumulierten Verlust von -26.3 Mio. Franken. Das Resultat war ein kumulierter Gewinn von 30.7 Mio. Franken – verdankt durch die in Horw häufig vorkommenden Sondereffekte. In den uns hier vorliegenden Szenarien werden uns wieder bei allen Szenarien kumulierte Verluste prognostiziert. Folglich lag der Fokus der GPK auf dem Verständnis der Szenarien und der Beurteilung bezüglich deren Realität. Explizit gaben die Einnahmen und die Investitionen zu diskutieren. Horw hat, wie erwähnt, mit stark schwankenden, aber oft vorkommenden Sondereffekten zu tun. Bei den Sondereffekten wurden mit 0.0, 2.0 oder 4.5 Mio. Franken geplant. Diese genauer zu planen, ist sehr schwierig. Mit den hier geplanten Werten ist man auch beim Optimo noch im realistischen bis im sicheren Bereich. Bei den Investitionen wird jeweils das volle Volumen gerechnet, so wie man es gerne investieren würde. In der Realität kommt dies selten bis nie vor. Sei es wegen Einsparungen, Ressourcenmangel bei anderen Stellen oder anderen Vorkommnissen. Jedoch möchte man die Flexibilität bei der Realisierung der Projekte erhalten und das bedingt eine vollständige Inklusion der Investitionen. Das ist durchaus sinnvoll, aber ist aus rein finanzieller Perspektive ein konservatives Vorgehen. Eine realistische Planung

Ramon Bisang (FDP)

mit so vielen Sondereffekten und potenziellen Verzögerungen zu machen, ist schwierig. Die hier vorliegende Strategie ist fiskalpolitisch konservativ eingeschätzt, aber die Szenarien sind in sich so als ok und korrekt zu betrachten. Die GPK begrüsst explizit die speziellen Vorgaben im B+A unter Kapitel 8.2 und die rechtzeitigen Reaktionen unter Kapitel 8.3. Wir begrüssen die hier skizzierten Massnahmen, wie zum Beispiel die Steuerfussenkung auf 1.40, vor allem mit Blick auf die erreichten Überschüsse in der Vergangenheit.

Die GPK ist für Eintreten und Kenntnisnahme auf den B+A.

Eintreten Die Mitte/GLP

Unsere Fraktion hat die Finanzstrategie am vergangenen Montag besprochen. Die bestehende Finanzstrategie neigt sich dem Ende des Betrachtungszeitraums 2021-2026 entgegen, welche vier Szenarien von Stress bis Optimo aufzeigte. Rückblickend stellen wir fest, dass sich die Ertragsseite anders entwickelt hat, als dies die damalige Strategie erwartete. Dank hohen Erträgen aus Sondereffekten haben wir das Szenario Optimo Plus erreicht. Wir sind also heute in einer hervorragenden Ausgangslage. Mit den neuen Vorzeichen und mit den Erkenntnissen aus der bisherigen Finanzstrategie wurde eine neue Strategie ab 2026-2031 ausgearbeitet - wiederum mit vier Szenarien. Das Basis-Szenario rechnet mit einem Ertrag aus Sonderfaktoren von durchschnittlich 2 Mio. Franken und einem Ertrag aus den OECD-Ergänzungssteuern von 2.4 Mio. Franken pro Jahr. Das sind Grössenordnung 4.5 Mio. Franken, welche nicht gesichert sind, welche man aber einrechnen kann. In den Szenarien Optimo und Stress hat man in die andere Richtung gerechnet. Im Szenario Optimo sind die ausserordentlichen Effekte höher gerechnet, im Szenario Basis sind diese weggefallen. Sämtliche Szenarien wurden mit verschiedenen Steuerfüssen gerechnet. Einmal mit einem stabilen Steuerfuss, einmal mit 0.05 Einheiten reduziert und einmal mit einer Reduktion von 0.1 Einheiten. Mit den aktuellen ordentlichen regelmässigen Erträgen, mit dem laufenden Aufwand und mit den geplanten Investitionen zeichnet sich ein jährlicher Aufwandüberschuss ab, und zwar in allen Kombinationen. Abgesehen vom Szenario Optimo werden alle Varianten den Grenzwert von maximal 2'000 Franken Nettoschuld pro Einwohner verletzen. Mit dem prognostizierten Cashflow können in keinem Szenario die regulären Abschreibungen finanziert werden. Mit dieser Sichtweise dürften wir uns auf keine Experimente einlassen – wir riskieren, unsere finanzpolitischen Leitsätze nicht mehr einzuhalten, welche ebenfalls in der Strategie formuliert wird. Trotzdem – ich habe es einleitend erwähnt – haben wir eine hervorragende Ausgangslage, die finanzielle Substanz der Gemeinde ist gut. Darum können wir es uns leisten, eine Steuersenkung vorzusehen. Damit das nicht schiefläuft, sind in der Strategie «Spezielle Vorgaben für den Planungszeitraum 2026-2031» formuliert, welche die Grössenordnungen definieren, bei welchen der Gemeinderat reagieren und allenfalls weitere Steuersenkungen vornehmen soll oder bei welchen Defiziten eine Steuererhöhung geplant werden soll. Diese Orientierungshilfen finden wir extrem wichtig, diese sind ein Kern der Strategie und können die weiterführenden Debatten versachlichen.

Pius Barnet (GLP)

Wir stehen hinter der Strategie und bedanken uns beim Gemeinderat für die verständlich aufbereitete Strategie und den formulierten Leitplanken. Die Mitte/GLP ist für Eintreten und empfiehlt, die Finanzstrategie zur Kenntnis zu nehmen.

Eintreten L20/Junge L20

Frank Matter (L20)

Die L20/Junge L20-Fraktion hat vergangene Woche die Finanzstrategie 2026-2031 diskutiert. Dabei ist für uns das nun vorliegende Resultat wenig überraschend. Es zeigt sich, was allgemein zu erwarten war: Der finanzielle Ausblick bleibt wenig rosig. Wer das Kapitel 3 - vor allem den Ausblick - liest, dem könnte angst und bang um die Zukunft unserer Gemeinde werden. Die letzten positiven Abschlüsse basieren hauptsächlich auf unterwartet hohen Steuereinnahmen von Einzelnen und täuschen darüber hinweg, dass diese nicht regelmässig anfallen und deshalb mit diesen nicht regelmässig gerechnet werden kann. Wie schnell das Pendel in die Gegenrichtung schlagen kann, haben wir mit dem tiefroten Defizit von 10.6 Mio. Franken im Rechnungsjahr 2023 noch bestens vor Augen. Den Einwand, dass der Gemeinderat die Ertragsaussichten einfach zu pessimistisch sieht, können wir überhaupt nicht unterstützen. Schliesslich rechnet schon das Basis-Szenario, neben den jährlichen Wachstumsraten, mit Zusatzeinnahmen nach dem Prinzip «Hoffnung» von jährlich 2 Mio. Franken. Klar ist hingegen, dass auf der anderen Seite hohe Investitionen anstehen: 32 Mio. Franken allein für das neue Schulgebäude Allmend – und zwar nicht erst irgendwann, sondern jetzt, kein Verschieben möglich! Daneben ist ein ausserordentlich hoher Sanierungsbedarf für die Planperiode ausgewiesen, von rund 100 Mio. Franken (ohne Spezialfinanzierungen) geht der Gemeinderat aus, allein für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Heute noch nicht bekannte Investitionen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt, sind aber in den nächsten zehn Jahren auch ohne grosses Wunschkonzert durchaus möglich. Vor diesem Hintergrund sehen wir das Ziel, die Nettoinvestitionen begrenzen zu wollen, als unrealistisch und nicht zielführend. Ein Grossteil der Investitionen können nämlich nicht x-beliebig verschoben oder gekürzt werden. Auch wenn ein Teil der Ausgaben nicht wie geplant anfallen sollte – sei das durch Einsprüche oder andere externe Faktoren - so zeigt sich immer noch ein deutliches Bild: so reicht es nicht! Aus einer aktuell guten Ausgangslage mit einem Nettovermögen wird innert kurzer Frist eine nicht mehr zu bewältigende Nettoschuld. Die Gemeinde Horw bräuchte in den folgenden Jahren vielmehr hohe Ertragsüberschüsse, um die anstehenden Investitionen finanzieren zu können. Denn jeder nicht selbst erwirtschaftete Franken bedeutet einen Franken mehr Schulden. Prognostiziert werden stattdessen deutliche Aufwandüberschüsse. Im Hinblick auf die allseits bekannten finanziellen Herausforderungen wäre eine Steuerfusssenkung, auch wenn es nur ein Steuerzwanzigstel ist, darum eigentlich genau die falsche Reaktion. Über 80 % der steuerpflichtigen Horwerinnen und Horwer profitieren davon nicht bis wenig. Der Gemeinde fehlen aber jährlich 2.5 Mio. Franken, was zu nichts anderem führt als zusätzliche 2.5 Mio. Franken Schulden pro Jahr. In Anbetracht der jüngsten Vorstösse und Diskussionen ist uns jedoch bewusst, dass die Mehrheit des Einwohnerrats nichtsdestotrotz eine Senkung des Steuerfusses mit dem Budget 2026 erwartet. Unsere Fraktion verzichtet deshalb an dieser Stelle auf eine erneute Diskussion und wird keine Anträge stellen. Wir werden die Finanzstrategie mit ihren allgemeinen und speziellen Zielvorgaben zur Kenntnis nehmen. Vielmehr verweisen wir auf die Punkte in der Strategie, welche festhalten, dass der Steuerfuss nicht weiter gesenkt werden kann, wenn keine genügend hohe Finanzierung gewährleistet ist (Kapitel 8.2.2), und dass eine umgehende Steuerfusserhöhung eher früher als später in Betracht gezogen werden muss. Der Gemeinderat geht in seinem Fazit zur Finanzstrategie vom Jahr 2028/2029 aus.

Die L20/Junge L20-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A 1769 und wird die Finanzstrategie 2026-2031 wie vorgelegt zur Kenntnis nehmen. Allfällige Anträge, welche eine weitere Verschlechterung der Planzahlen bringen würden – insbesondere eine weitergehende Senkung des Steuerfusses - lehnen wir entschieden ab.

Eintreten FDP

Stefan Maissen (FDP)

Die vorliegende Finanzstrategie 2026-2031 bietet eine solide Grundlage, um künftige Entscheidungen fakten- und zahlenbasiert treffen zu können. Die Grundlogik der Gemeindefinanzen, das methodische Vorgehen sowie die Ausgestaltung der Szenarien sind transparent und nachvollziehbar dargestellt. Festzuhalten ist auch, dass der Auftrag des Einwohnerrats – die Planung einer Steuersenkung um 1/20 – erfüllt wurde. Weniger zufrieden ist die FDP-Fraktion mit der rückblickenden Analyse und den Folgerungen für die Zukunft. Die Entwicklung auf der Ertragsseite wurde bekanntlich deutlich unterschätzt – zum Glück in positiver Richtung. Die Aussage, das Szenario Optimo sei eingetreten, ist aus unserer Sicht irreführend: Dieses Szenario hätte ein kumuliertes Defizit von 2 Mio. Franken bei Investitionen von 30 Mio. Franken prognostiziert. Tatsächlich gab es jedoch ein kumulierter Überschuss von 76 Mio. Franken bei Investitionen von 52 Mio. Franken. Hätte der Gemeinderat seine eigene Finanzstrategie und die darin festgelegten Regeln konsequent angewendet, wäre er bereits von sich aus zu einer Steuerfussenkung verpflichtet gewesen. Spätestens ab 2024 wäre genügend Spielraum für eine Senkung des Steuerfusses vorhanden gewesen. Stattdessen wurde in nahezu jedem AFP ein pessimistisch geprägtes Negativszenario präsentiert. Die neue Finanzstrategie 2026-2031 führt diese Übertreibungen und sehr defensive Linie weiter. Zwar ist die Anwendung des Vorsichtsprinzips grundsätzlich richtig und entspricht bewährter Praxis. In der vorliegenden Ausprägung ist sie jedoch übertrieben – das zeigt die Vergangenheit eindrücklich. Eigentlich ist es Schwarzmalerei. Weshalb entsteht bei uns dieser Eindruck:

1. Negative Entwicklungen werden als sicher dargestellt, während positive Effekte grundsätzlich als unsichere Prognosen bezeichnet werden – oft in doppelt hypothetischer Form.
2. Bei der Darstellung veränderter Rahmenbedingungen werden fast ausschliesslich Zusatzkosten und Mindererträge aufgelistet, teilweise rückwirkend bis ins Jahr 2008 – was die Dramatik unnötig verstärkt. Positive Entwicklungen, wie die Reform des Finanzausgleichs ab 1. Januar 2026 oder die OECD-Steuerreform, bleiben komplett unerwähnt.
3. Investitionen und Aufwand werden im Basisszenario auf Maximalwerte angesetzt. So wird ein Investitionsvolumen von 112 Mio. Franken unterstellt – obwohl allen klar ist, dass dies personell und terminlich nicht realisierbar ist.
4. Sondereffekte und Sondersteuererträge werden äusserst defensiv budgetiert. Aus unserer Sicht wären die Annahmen des Szenarios Optimo realistischer. Dort wird mit 4.5 Mio. Franken ausserordentlichen Erträgen gerechnet.
5. Positive Entwicklungen werden nicht gewürdigt. So ist z.B. die Zahl der Steuerzahlenden mit einem Reineinkommen über 100'000 Franken um 24 % gestiegen – eine Entwicklung, die sich nach aktuellem Stand fortzusetzen scheint.

Zusammengefasst ist die neue Finanzstrategie eine Fortschreibung der alten Denkweise, mit den gleichen Schlussfolgerungen. Es wird erneut eine Drohkulisse aufgebaut, die Rhetorik ist wortwörtlich copy/paste. Dabei gibt es einen entscheidenden Unterschied zur Situation im Jahr 2020, wir verfügen heute über eine äusserst komfortable Ausgangslage: Ein Eigenkapital von 272 Mio. Franken, mit einer Überdeckung des Verwaltungsvermögens um 46 Mio. Franken. Wir haben einen Überschuss von 76 Mio. Franken aus den Jahren 2020–2024 generiert und einen kumulierten Cashflow von 82 Mio. Franken, davon 40 Mio. Franken freier Cashflow. Von diesen Überschüssen ist bis jetzt kein einziger Franken an die Steuerzahlenden zurückgeflossen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist eine Entlastung längst überfällig – und zwar nicht nur in Form einer Senkung um 1/20. Die vorhandenen Mittel lassen eine weitergehende Steuerreduktion problemlos zu. Selbst wenn in den kommenden Jahren wenig ausserordentliche Steuererträge erzielt würden, wäre die Gemeinde Horw dennoch mehr als ausreichend kapitalisiert, um mögliche Aufwandüberschüsse aufzufangen. Ich erinnere an die Eigenkapitalüberdeckung von 46 Mio. Franken. Die FDP-Fraktion wird deshalb den Antrag stellen, den AFP 2026 mit einer Steuerfussenkung auf 1.35 Einheiten zu

planen. Diese Massnahme ist nicht nur finanzpolitisch vertretbar, sondern auch ein Zeichen für eine bürgernahe und verantwortungsbewusste Politik. Die Bevölkerung hat über Jahre hinweg massgeblich zum heutigen finanziellen Spielraum beigetragen. Jetzt ist der Moment gekommen, etwas zurückzugeben. Eine Senkung des Steuerfusses auf 1.35 schafft nicht nur Spielraum in den Haushalten der Horwerinnen und Horwer – in einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten ohnehin laufend steigen. Sie setzt auch ein positives Signal in der Standortpolitik. In einem zunehmend kompetitiven Umfeld unter den Zentralschweizer Gemeinden wird Horw damit als finanzstarke, attraktive und vorausschauend geführte Gemeinde sichtbar. Die FDP-Fraktion ist daher überzeugt: Eine Steuerfussenkung auf 1.35 Einheiten ist richtig, sie ist fair und sie stärkt Horw als attraktive, lebenswerte und wirtschaftlich attraktive Gemeinde für alle.

Die FDP ist für Eintreten.

Eintreten SVP

Reto von Glutz (SVP)

Die SVP-Fraktion beurteilt die aktualisierte Finanzstrategie über die Jahre 2026-2031 positiv und sie sieht sich in der bisher vertretenen Auffassung grundsätzlich bestätigt. Es geht somit der SVP-Fraktion nicht mehr um die Frage, ob es überhaupt eine Steuerfussenkung geben wird, sondern darum, in welchem Ausmass sie verkraftbar und mehrheitsfähig ist. Stand jetzt ist eine Reduktion um eine Zwanzigstel-Einheit absolut gerechtfertigt und gar überfällig. Der Gemeinderat stützt die Finanzstrategie somit zu Recht auf ein Basis-Szenario mit 1.40 Steuereinheiten. Vielleicht ist es auch möglich und wohl besser, zwei kleine Schritte - als einem einzigen von 0.10 - zu machen, was wir auch für vertretbar halten. Jedoch: Sicherheit vor Risiko, was von der SVP-Fraktion im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik sicher gestützt wird.

Auf dieser Basis ist unsere Fraktion denn auch bereit, das Szenario und damit die Finanzstrategie 2026-2031 zur Kenntnis zu nehmen.

Haltung Gemeinderat

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Ich danke den Rednerinnen und Rednern und den Fraktionen für die Diskussionen, welche Sie über das wichtige Geschäft, das unsere Finanzen in den nächsten fünf Jahren prägen wird, in den Kommissionen und Fraktionen geführt haben. Sie haben verschiedene Voten gehört, die in die eine oder die andere Richtung gehen und wahrscheinlich ist in jedem Votum irgendetwas drin, das stimmt. Es hat in jedem Votum aber auch Mutmassungen und Annahmen und im gleichen Umfeld hat sich auch der Gemeinderat bewegt. Wir haben gewisse gesicherte Angaben und wir haben auch einen schönen Anteil von Annahmen treffen müssen. Und dass diese eher konservativ sind, liegt in der Natur der Sache. Wir sind die Exekutive und müssen diese Budgets ausführen und müssen auch die Folgen einer allenfalls verfehlten Finanzpolitik - sei es in die eine oder andere Richtung, ich gewichte nicht die Voten – tragen. Daraus ergibt sich eine gewisse Vorsicht in Zusammenhang mit der Strategie. Es wurde zu Recht gesagt, dass wir vor ein paar Jahren zu pessimistisch waren, was die Entwicklung der vergangenen Jahre angeht. Wir haben nicht alles kommen sehen, wir haben nicht kommen sehen, dass die grossen Abflüsse, welche wir im Steuersubstrat hatten, fast nahtlos ersetzt werden. Wir haben auch nicht gewusst, in welchem Ausmass und mit welcher Stetigkeit. Und das begründet wahrscheinlich auch, dass wir selbst im Szenario Optimo noch danebengelegt sind. So weit, so erfreulich. Dass sich das fortsetzt, können wir heute nicht annehmen und nicht mit gutem Gewissen sagen: Ja, wir gehen jetzt einmal voll hinein mit den Steuersenkungen und schauen, was passiert. Wir sind auf der vorsichtigen Seite, wir wollen eine kontinuierliche Finanzpolitik, wir wollen auch eine kontinuierliche Entwicklung des Steuerfusses. Das heisst, wenn es gut kommt, wenn Optimo eintrifft, haben wir die Absicht, weitere Steuersenkungen vorzusehen. Sie haben das gesehen in der Strategie, wir haben im Gegensatz zu der alten Strategie neue Rahmenbedingungen formuliert und wir haben das Gefühl, unter diesen Umständen wäre das möglich. Aber wir haben umgekehrt auch Rahmen-

bedingungen formuliert, bei denen wir das Gefühl haben, in diesem Moment müssen wir mit dem Steuerfuss nach oben reagieren, wenn uns selbst das Szenario Stress aus dem Ruder laufen würde. Also insofern gebe ich Ihnen recht, wir haben eine vorsichtige Finanzstrategie vorgelegt, aber wir sind der Meinung, diese ist vertretbar. Es ist vertretbar im Hinblick darauf, dass wir eine stetige Finanzpolitik haben, dass wir eine verlässliche Finanzpolitik haben und dass wir unsere Leistungen - und dafür wird ja Horw auch gerühmt in der aktuellen Situation - dass wir diese aufrechterhalten können. Es wäre bedauerlich, wenn wir dann plötzlich zu Sparübungen greifen und unliebsame Einschränkungen machen müssten. Es trifft dann genau die freiwilligen Leistungen, welche die Gemeinde auch ausmachen. Ich will nicht schwarzmalen, wenn es besser kommt, soll es uns recht sein, aber wir haben das Gefühl, auf der Basis, auf welcher wir die Finanzstrategie gemacht haben, könnten wir unsere bisher erfolgreiche Finanzpolitik weiterführen.

Detailberatung Bericht und Antrag Nr. 1769 Finanzstrategie 2026-2031
Kapitel 1-4: Keine Wortmeldungen

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Detailberatung Anhang Finanzstrategie 2026-2031

2.1 Würdigung der Finanzpolitischen Leitsätze

Stefan Maissen (FDP)

Ich habe es im Eintreten erwähnt, wir sind bei der Beurteilung der Vergangenheit nicht ganz auf der Linie des Gemeinderates. Er hat sich grundsätzlich sehr gut bewertet. Wir teilen die Einschätzung im Grundsatz, aber es geht darum, dass wenn man die heute noch geltende Finanzstrategie anschaut, hätte man bei gewissen Punkten die «++» nicht unbedingt verdient. Meine Frage dazu ist, wie der Gemeinderat auf diese Einschätzung kommt und weshalb hat er in der alten Finanzstrategie (S. 42) beim Fazit nicht erwähnt, dass man beim Szenario Optimo gegen Ende der Planungsperiode die Steuern senken kann? Weshalb hat er das von sich aus nie ins Auge gefasst und gewartet, bis der Druck aus dem Einwohnerrat kommt?

Das liegt in der Natur der Sache, dass man solche Vorgaben, welche man sich selbst gesetzt hat, individuell und nach einer eigenen Perspektive einschätzt. Wir sind der Meinung, dass wir über weite Strecken die alte Finanzstrategie erfüllt haben und wir haben dargelegt, wo wir glauben, dass es nicht ganz erfüllt ist. Aber dass wir völlig daneben liegen, konnten wir für uns nirgends feststellen. Aber das kann man natürlich aus einer anderen Perspektive auch gut anders beurteilen. Damit können wir leben, das ist einfach die Einschätzung des Gemeinderates. Weshalb haben wir die Steuern nicht gesenkt? Einerseits sind wir noch nicht am Ende der Periode der alten Finanzstrategie, die geht bis 2026, also könnte man es immer noch einhalten. Aber wir waren natürlich auch nicht der Meinung, dass es bisher vertretbar war. Wir hatten ein Jahr mit einem massiven Defizit und wir waren wirklich nicht sicher, ob sich das Folgejahr – welches dann wieder positiv wurde – sich positiv entwickelt. Das wissen wir in der Regel relativ spät im Jahr. Wir bekommen die Meldungen auch spät und von daher - wenn man das im Vorhinein gewusst hätte, hätte man möglicherweise eine Steuerfussenkung ins Auge fassen können. Wir sind einfach in der Lage, dass wir bis zum Ende des Jahres nicht wissen, wie gross das Steueraufkommen von einzelnen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Diese Einschätzung teile ich grundsätzlich schon. Es geht nicht darum zu sagen, dass Sie schlecht gearbeitet haben. Der Gemeinderat hat sehr viele Bereiche sehr gut erfüllt, das ist auch die Meinung der FDP-Fraktion. Die Frage stellt sich aber schon: Wir kennen ja die Schwankungen und diese sind auch in der Finanzstrategie dargestellt – einmal sehr hoch, einmal sehr tief. Und wir haben gesehen, dass Ertragsüberschüsse eingetroffen sind. Und wenn wir jetzt nach der Finanzstrategie leben – von der Sie auch gesagt haben, dass es Schwankungen gibt, dass wir damit leben müssen – hätten wir aus unserer Sicht erwartet, dass der Gemeinderat früher mit diesem Thema kommt und es wird künftig das gleiche sein, wir werden die Steuereinnahmen nicht

Stefan Maissen (FDP)

kennen bis Ende Jahr. Wir sind überzeugt, dass wir in den Planungsgrundlagen zu pessimistisch sind.

3.2 Steuerertrag als Haupttreiber der finanziellen Zukunft

Stefan Maissen (FDP)

Das ist der Punkt, den ich im Eintreten angesprochen habe. Die negativen Sachen stellt man immer als sicher dar - es wird nicht gelingen - steht da im 2. Abschnitt als Beispiel. Und bei den anderen Sachen ist es immer sehr unsicher. Ich bin der Meinung, Steuererträge sind immer unsicher, auch der normale Steuerertrag kann man nicht im Detail einschätzen, auch dort gibt es Unsicherheiten. Aber man formuliert übervorsichtig, dass man dort den Druck aufrechterhalten kann, sodass keine weitergehende Steuerfussenkung gemacht werden kann. Das finde ich im ganzen Papier einer der Schwachpunkte, dass man immer auf das Negativszenario drückt. Es ist klar, aus Sicht des Gemeinderates ist es Vorsicht, das kann ich nachvollziehen, aber aus Sicht des Steuerzahlers ist es eben nicht ganz nachvollziehbar.

4.2 Veränderungen der externen Rahmenbedingungen

Stefan Maissen (FDP)

Auch diesen Punkt habe ich im Eintreten angesprochen. Man sieht hier bis ins Jahr 2008 zurück, welche Mehrbelastungen, Zusatzkosten oder Mindererträge anstehen. Das ist eine eindrückliche Liste. Das einzige Positive ist gem. ARF18 der Wasserbau. Da hätte man meiner Meinung nach auch die Sachen, welche in die andere Richtung gehen, erwähnen müssen. Zum Beispiel die OECD-Steuerreform oder auch die Reform des Finanzausgleichs, welche nicht abgebildet sind. Das ist wieder die gleiche Thematik. Man zeigt nur das Negative und die gute Entwicklung spielt man runter.

Ich muss Herr Maissen zum Teil recht geben. Die OECD-Ergänzungssteuer hätte man hier erwähnen können im Wissen darum, dass diese alles andere als gesichert ist. Sie wissen, dass auf nationaler und kantonaler Ebene die Drähte heiss laufen, welcher Anteil die Kantone bekommen sollen. Man dreht sich auf Bundesebene mit dem Gedanken, den Anteil an die Kantone wesentlich zu reduzieren, dann hätte der Kanton Luzern nichts und die Gemeinden fast nichts. Von dem her wäre es gerechtfertigt gewesen, diese zumindest zu erwähnen. In einem gewissen Umfang haben wir sie im AFP, aber in der wirklichen Ausprägung wissen wir nicht, wie hoch sie sein wird. Das kann von nichts bis relativ hoch sein. Aus der Zeitung konnten Sie entnehmen, dass der Kanton mittlerweile die Erträge reduziert hat, welche zwischenzeitlich massiv höher waren. Die Bemerkung, dass diese erwähnt hätten sollen, ist korrekt, aber in welcher Ausprägung, ist schwierig zu sagen. In dem Zeitraum, welchen wir betrachten, seit 2020, sind zwei Steuersenkungen enthalten, aber das wird einfach verschwiegen. Das sind Steuersenkungen, welche uns der Kanton aufs Auge gedrückt hat. Nämlich mit der AFR18 und nachher mit einer Steuergesetzrevision. Die AFR18-Steuersenkung wurde mitnichten kompensiert durch die Zahlungen des Kantons, also haben wir dort Einbussen gehabt. Von daher ist die Liste wirklich nicht ganz vollständig, man hätte sie noch detaillierter machen können, man hätte sie aber auch weniger lang machen können. Es ging uns darum zu zeigen, dass es mit den Gemeindefinanzen nicht nur immer aufwärts geht, sondern dass uns laufend immer wieder Erträge abgeschränkt werden.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

7.2 Wir behalten unseren attraktiven Steuerfuss bei

Stefan Maissen (FDP)

Ab Kapitel 7 haben wir diverse Anträge. Ich habe es erwähnt. Es ist völlig klar – wie im Eintreten erwähnt – dass es nicht darum geht, den B+A anzupassen, es sind Anträge auf Bemerkung. Wir sind der Meinung, dass der Titel 7.2 falsch ist. Wir hätten dort eine andere Formulierung bevorzugt, dass man den attraktiven Steuerfuss weiterentwickelt in die gute Richtung. Man muss nicht Steuersenkung sagen, aber es wäre konkreter. Es geht nicht darum, diesen beizubehalten, sondern um besser zu werden, und das möchten wir abgebildet haben. Unser Antrag lautet beim Titel 7.2: Wir entwickeln unseren attraktiven Steuerfuss kontinuierlich weiter.

Wir sind der Meinung, dass das zu wenig aussagt. Wenn die FDP will, dass der Steuerfuss weiter gesenkt wird, soll sie das auch so formulieren. Der Steuerfuss wird kontinuierlich weiterentwickelt. Es ist in den Leitplanken auch formuliert, in welche Richtung es geht bei welchem Grenzwert. Deshalb machen wir beliebt, diese Bemerkung nicht zu überweisen.

Pius Barmet (GLP)

**Abstimmung Antrag auf Bemerkung der FDP
7.2, Titel, S. 51**

Wir entwickeln unseren attraktiven Steuerfuss kontinuierlich weiter.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 6:18 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag zu Kapitel 7.2. Man könnte den Steuerfuss in der heutigen Ausgangslage auch auf 1.35 Einheiten senken. Wir beantragen, dass der AFP 2026 mit der Steuerfussenkung auf 1.35 geplant wird. Der zweite Punkt ist, dass man den Steuerfuss langfristig auf diesem Niveau behalten möchte.

Stefan Maissen (FDP)

Antrag auf Bemerkung der FDP

Der Steuerfuss soll im Budget 2026 von 1.45 auf 1.35 Steuereinheiten gesenkt und danach längerfristig auf diesem tiefen Niveau gehalten werden.

Im Namen des Gemeinderates opponiere ich diesem Antrag. Ich bitte Sie, dem nicht zu folgen. Wir haben Ihnen skizziert, wie wir vorgehen wollen. Wir haben Ihnen eine Strategie vorgelegt und wir haben Ihnen gezeigt, unter welchen Bedingungen wir eine weitere Senkung des Steuerfusses vorsehen. Wir möchten Sie bitten, massvoll vorzugehen - verantwortungsvoll vorzugehen. Mal eine erste Senkung durchgehen zu lassen, schauen, wie sich das auswirkt und dann schauen, wie die Steuererträge in der Tat fließen und auch, wie sich unsere Investitionen entwickeln. Und dann, wenn es gut läuft, allenfalls eine weitere Steuersenkung vorzunehmen. Aber im Moment hält der Gemeinderat das nicht für vertretbar. Streng genommen müsste man auf Grund des Basis-Szenarios sagen, dass eine Senkung jetzt nicht vertretbar ist. Aber wir haben durchaus eine gewisse optimistische Sicht auf unsere Finanzen und halten einen Steuerfuss von 1.4 Einheiten für vertretbar. Es geht hier noch um eine zweite Formulierung «und danach auch längerfristig auf dem Niveau behalten». Das können wir Ihnen heute nicht versprechen und das können Sie selbst auch nicht schon heute voraussehen. Selbstverständlich ist es das Ziel, dass wir nicht sofort den Steuerfuss wieder erhöhen. Aber das jetzt in der Strategie schon festsetzen, dass man längerfristig auf einem Steuerfuss von 1.35 bleiben will, dafür würde ich jetzt nicht die Verantwortung übernehmen wollen.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Zuerst zum zweiten Satz, dieser wurde nicht von uns erfunden, der steht auch so in der Finanzstrategie, es steht 1.40 Einheiten «und danach längerfristig auf diesem tiefen Niveau gehalten werden», das haben Sie selbst geschrieben, Herr Jung. Klar, es ist eine politische Beurteilung, wie die Entwicklung stattfindet. Man kann es in die eine Richtung sehen – von der L20 kam ziemlich klar, dass man da schwarzsieht. Wir sind überzeugt, dass die Einschätzung des Gemeinderates besser ist, als er hier schreibt. Weil sonst müsste er – wie Herr Jung gesagt sagt – gar keine Steuersenkung beantragen, hat aber den Auftrag dafür gefasst. Insofern sind wir überzeugt, dass es verantwortbar ist und ich möchte auch sagen, dass das Geld, das wir hier haben – die Überdeckung im Eigenkapital – das gehört der Bevölkerung beziehungsweise den Steuerzahlern und nicht uns Politikern, damit wir es für irgendwelche Projekte verteilen können. Wir haben in den letzten Jahren solche Überschüsse angehäuft, dass eine relevante Senkung angebracht ist.

Stefan Maissen (FDP)

Es ist kurzzeitig durchaus vertretbar, auf 1.35 Einheiten zu gehen. Aber wahrscheinlich ist es eben kurzzeitig. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass es eine kurze Zeit von einem oder zwei Jahren sind. Und danach müssen wieder unpopuläre Massnahmen ergriffen werden. Ich bin nicht sicher, ob die Bevölkerung das dann goutiert bzw. versteht. Wir würden damit unserem Leitsatz «Wir setzen auf eine stetige und verlässliche Finanzpolitik» widersprechen. Im Wissen der bestehenden Szenarien müssen wir damit rechnen, dass das kurzfristig ist und danach haben wir ein rauf und runter und das ist nicht stetig. Deshalb machen wir beliebt, für 2026 auf einen Steuerfuss von 1.4 Einheiten zu zielen.

Pius Barmet (GLP)

Wie im Eintreten erwähnt, ist es für die SVP-Fraktion nachvollziehbar und wir sind weitgehend zufrieden, dass der Gemeinderat auf dem Basis-Szenario mit dem Vorschlag einer Steuerfussenkung von 1.40 Einheiten in den Rat gekommen ist. Aus diesem Grund haben wir auf einen Antrag – dieser könnte durchaus auch aus unserer Fraktion sein - verzichtet. Wir würden es sogar bevorzugen, wenn uns in zwei kleinen Schritten um je 0.05 Einheiten längerfristig eine Steuerfussenkung zugesichert wird. Wir haben die heutige Beurteilung – darin ist der Antrag im Sinn unserer stetigen Finanzpolitik – in welcher wir das aktuell für vertretbar halten, die SVP-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen.

Reto von Glutz (SVP)

Ich melde mich als Vizepräsident der GPK. Wir haben letzte Woche diesen B+A als einzige Kommission beraten, ich durfte diese Sitzung in Vertretung leiten. Ich habe die Beratungen von letzter Woche und auch die Beschlüsse und das Fehlen von anderen Anträgen in der GPK so verstanden, dass wir die Finanzstrategie mit dem Steuerfuss 1.40 im Budget 2026 zur Kenntnis genommen haben. Das heisst, wir haben uns mit den tieferen Steuerfüssen nicht vertieft befasst, keine Beschlüsse gefasst und würden euch beliebt machen, den Antrag der FDP, welcher erst heute gekommen ist und nicht bereits letzte Woche, abzulehnen.

Lukas Bucher (L20)

Ich möchte auch noch gerne etwas dazu sagen, wenn man – wie Herr Maissen bereits gesagt hat – Angst macht und schwarz malt und sagt, dass man bei einer Steuerfussenkung auf 1.35 schon bald wieder auf 1.40 Einheiten erhöhen muss. Wir haben auf der einen Seite die Steuereinnahmen - aber ich greife jetzt vielleicht ein bisschen vor zum zweiten Geschäft: Die Investitionen, die Ausgaben, diese können wir meiner Meinung nach schon noch recht gut steuern. Herr Maissen hat es im Eintreten gesagt, wir haben jeweils etwa 60 % von diesen geplanten Investitionen pro Jahr wirklich ausgegeben. Die L20 hat gesagt, es brauche die 112 Mio. Franken für den Erhalt der Infrastruktur. Das ist bei weitem nicht so, es ist nicht nur der reine Erhalt, sondern es ist auch der Ausbau und die Modernisierung, wo man durchaus in einem Fall, wenn man merkt, dass die Rechnung knapp wird, auch Investitionen zurückstellen könnte - dann passiert in Horw gar nichts. Von daher haben wir meiner Meinung nach auch eine Stellschraube auf der Seite der Investitionen, welche in den letzten sechs Jahren – das kann man nachlesen, von 2019 bis 2024 über 70 Mio. Franken gewesen sind - und diese konnten wir alle selbst stemmen. Wir haben wirklich genug Eigenkapital, um solche Sachen zu finanzieren.

Jürg Biese (FDP)

Darauf muss ich eine Antwort geben. Wenn Sie sämtliche Szenarien anschauen, dann haben Sie auch im optimistischen Fall ungenügenden Cashflow, um die Investitionen zu stemmen. Selbst die limitierten Investitionen. Es ist ein Unter-Szenario drin mit limitierten Investitionen. Sie haben mit dem Cashflow, welchen wir in nächster Zeit generieren können, nicht genügend Mittel, um diese zu zahlen. Sie werden die Fremdverschuldung hochfahren müssen und da ist der Gemeinderat der Meinung, dass man bis zu einem gewissen Grad Fremdkapital aufnehmen kann. Aber irgendwo ist die Grenze und wenn nicht das Szenario Optimo oder Basis eintrifft, übertragen wir Schulden von heute auf die nächste Generation und das finden wir nicht in Ordnung. Man kann das machen, aber wir sind der Meinung, dass wir unsere Fremdverschuldung in Grenzen

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

behalten sollten, so wie wir es in den letzten Jahren konnten und deshalb plädieren wir im Moment für einen Steuerfuss von 1.40.

Mir werden da Worte in den Mund gelegt, welche ich gar nicht gesagt habe. Die 100 Mio. Franken kommen nicht von mir - die zeigt der Gemeinderat auf. Uns ist auch bewusst, dass diese nicht 1:1 so kommen, wir werden es im nächsten Geschäft noch sehen. Uns ist aber auch bewusst – und da unterstreiche ich, was der Gemeinderat gerade geantwortet hat – allein wenn auch nur ein Teil dieser Investitionen kommt, reicht unsere Selbstfinanzierung nicht. Wir bräuchten hohe Ertragsüberschüsse und alles, was wir nicht selbst erwirtschaften, bedeutet zusätzliche Schulden. Ich bin erstaunt, dass gerade aus den Reihen der FDP bewusst mehr Schulden in Kauf genommen werden. Deshalb verweise ich noch einmal auf mein Eintreten: Wir wehren uns gegen eine weitergehende Senkung und gegen eine weitergehende Verschlechterung der Zukunftsaussichten. Lasst uns lieber die jetzige gute Ausgangssituation nutzen und nicht mit so einer Hals-über-Kopf-Situation etwas überstürzen.

Frank Matter (L20)

Ich möchte auch gerne etwas entgegnen. Ich glaube, es geht nicht darum, dass wir uns gerne stark verschulden wollen, das ist gar nicht das Szenario. Wir sind aber überzeugt, dass wir in Fortschreitung der bisherigen Strategie genug Überschüsse angehäuft haben und auch in Zukunft anhäufen können. Es ist klar, Steuerpolitik ist immer eine politische Einschätzung. Es ist auch eine politische Einschätzung, ob wir dem Staat möglichst viel Geld geben wollen oder ob wir es limitieren und priorisieren wollen. Ich glaube, dort müssen wir ehrlich sein und sagen, dass wir vielleicht auch in Zukunft nicht alles Gewünschte machen müssen. Auch das ist ein Thema – mir ist bewusst, dass ich hiermit ein Fass öffne - aber ich glaube, man soll mal sagen, dass grundsätzlich der Staat nicht alles machen muss. Dahinter ist eine politische Einstellung und ich bin überzeugt, wir stehen deutlich besser da als es dargestellt wird, auch in Zukunft. Von dem her glaube ich nicht, dass die Szenarien, wie sie jetzt dargestellt sind, so negativ eintreffen.

Stefan Maissen (FDP)

Herr Maissen, jetzt haben Sie wirklich ein grosses Fass aufgemacht. Der Gemeinderat ist mit Ihnen einer Meinung, dass wir unsere Ausgaben im Griff halten müssen, dass wir die Leistungen genau überprüfen müssen und wir sind der Meinung, dass wir das im Grossen und Ganzen in der Vergangenheit auch gemacht haben. Aber wenn Sie jetzt eine weitere Steuersetzung beschliessen, fehlen uns 2.5 bis 2.7 Mio. Franken Cash und das heisst, in diesem Umfang müssen wir - wenn es schlecht läuft - Sparübungen machen. Und wenn Sie die Struktur unserer Ausgaben kennen - und ich weiss, dass Sie diese bestens kennen - dann sehen Sie, dass wir extrem viel gebundenen Aufwand haben und nur ganz wenig selbstbestimmten Aufwand. Auch dieser ist noch im Mehreren-Millionen-Bereich, aber wenn uns 2.5 Mio. Franken fehlen, dann müssen wir wirklich an gewissen Orten, wo es weh tut, sparen. Und diese Meinung hat der Gemeinderat nicht. Wir möchten z.B. nicht bei den Vereinen oder bei anderen freiwilligen Leistungen, sei das Mietzinsbeihilfen, welche unsere Gemeinde eben gegenüber anderen Gemeinden auszeichnen, sparen. Ich weiss, dass Sie mir jetzt sagen, ich male schwarz, was den Steuerertrag betrifft und da kann ich nichts entgegensetzen. Ich muss einfach sagen, wir gehen von Annahmen aus und Sie gehen von Annahmen aus.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

In der letzten Zeit ist mir aufgefallen, dass wir eine Vorstossflut haben – hier ein Postulat, da eine Motion, das löst alles Kosten aus. Wenn man dort ein bisschen sparsamer wäre, dann würde man nicht von einer Verschuldung sprechen.

Hans Stampfli (SVP)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der FDP

7.2, 1. Spiegelstrich, S. 51

Der Steuerfuss soll im Budget 2026 von 1.45 auf 1.35 Steuereinheiten gesenkt und danach längerfristig auf diesem tiefen Niveau gehalten werden.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 11:13 Stimmen abgelehnt.

Intensiv wurde der Satz diskutiert, wie man weitere Steuersenkungen ins Auge fassen soll. Im Original steht, dass man ausreichend hohe Überschüsse angehäuft haben sollte, um die Steuersenkung während mindestens sechs Jahren zu kompensieren. Wir sind der Meinung, dass man das vereinfachen könnte. Der AFP ist immer eine Einschätzung, wo man steht und wie man weitergehen will. Deshalb ist unser Vorschlag «Eine weitere Senkung des Steuerfussels erfolgt in Abhängigkeit der Rechnungsergebnisse.» Das gibt eine gewisse Flexibilität, denn es kann auch ein Superjahr geben. Und wenn es kein Superjahr gibt, dann gibt es auch keine Senkung. Von daher wäre der Vorschlag beim zweiten Spiegelstrich, dass man diesen Satz ersetzen würde durch den vorliegenden Satz.

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag des Gemeinderats liegt vor.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der FDP

7.2, 2. Spiegelstrich, S. 51

Eine weitere Senkung des Steuerfusses erfolgt in Abhängigkeit der Rechnungsergebnisse.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 11:13 Stimmen abgelehnt.

7.3 Wir planen langfristig und limitieren unsere Investitionen

Antrag auf Bemerkung, FDP

Wir planen langfristig und priorisieren und limitieren unsere Investitionen.

Stefan Maissen (FDP)

Uns fehlt dort die Priorisierung. Wir haben vorher diskutiert, dass die Priorisierung ein wichtiges Mittel ist, um unsere finanzielle Situation nachhaltig gestalten können. Weiter unten im Spielstrich steht, dass man es priorisiert, aber aus unserer Sicht ist nicht die Limitierung das richtige Wort, sondern die Priorisierung. Deshalb machen wir beliebt, dass man es in Zukunft so formulieren würde.

Der Gemeinderat hat - wie es Herr Maissen zu Recht sagt – im letzten Spiegelstrich erwähnt, priorisiert und limitiert. Wir sind der Meinung, das Wort limitieren sollten wir nicht rausnehmen, denn Priorisierung ist das eine, aber wenn Sie eine Rieseninvestition priorisieren, dann haben Sie diese nicht limitiert, sondern einfach priorisiert und deshalb sind wir der Meinung, dass es eben beides braucht, damit wir ein vernünftiges Investitionsvolumen haben, welches wir stemmen können.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Dann schlagen wir vor, den Antrag anzupassen: Wir planen langfristig und priorisieren und limitieren unsere Investitionen.

Stefan Maissen (FDP)

Herr Maissen, vielleicht können Sie noch einmal sagen, was dann schlussendlich der Unterschied bleibt, beziehungsweise was Sie damit zum Ausdruck bringen wollen.

Philipp Peter (L20)

Es geht mir darum - die Limitierung ist das eine - aber ich glaube, eine Limitierung alleine reicht nicht. Es geht darum, zu sagen, was wir wirklich brauchen und was ist nice to have - auch bei den Investitionen. Und deshalb ist eine Priorisierung aus meiner Sicht zentral. Die Limitierung an und für sich kann man sagen, indirekt priorisiert sie, aber aus meiner Sicht ist das Wort Priorisierung zentral in meinem Verständnis.

Stefan Maissen (FDP)

Ich verstehe das mit Priorisieren und Limitieren wie folgt und Sie sagen mir, ob Sie das anders sehen: Wenn ich etwas priorisiere, dann mache ich eine Liste, auf der zeige ich auf, das ist das Wichtigste, Zweitwichtigste, Drittwichtigste etc. Und irgendwo schneide ich ab, das ist das Limitieren. Und damit ich Limitieren kann, muss ich zuerst priorisieren, alles andere wäre unseriös. Oder sehen Sie das anders, Herr Maissen?

Marc Wiest (Die Mitte)

Wir machen das bereits so, wie es dasteht. Im Budget haben wir die Möglichkeit, zu priorisieren und auch dort sehen wir dann, wo das Limit liegt, was dann finanztechnisch gesehen möglich. Von dem her finde ich, machen wir das jetzt bereits und ich sehe keinen Grund, dass man jetzt daran noch etwas ändern sollte.

Reto Eberhard (SVP)

Ich weiss natürlich nicht, Her Wiest, wie Sie privat Ihre Investition limitieren und priorisieren. Man kann es so verstehen, wir haben diskutiert, aus meiner Sicht kann man darüber abstimmen.

Stefan Maissen (FDP)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der FDP, S. 51

Wir planen langfristig und priorisieren und limitieren unsere Investitionen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 6:18 Stimmen abgelehnt.

8.2 Spezielle Vorgaben für den Planungszeitraum 2026-2031

Wir haben einen Antrag, welchen wir jetzt nicht 1:1 so stellen. Den ersten Teil, wo es 1/10 Steuereinheit heisst, den würden wir entsprechend streichen und würden bei 1/20 bleiben, es wurde ja vorher abgelehnt. Es geht um das kumulierte Defizit von maximal 30 Mio. Franken. Das ist der letzte Teil, wo im Originaldokument maximal 30 Mio. Franken steht. Da würden wir 45 Mio. Franken beliebt machen. Die Begründung ist, dass das andere sehr einschränkend ist und wir denken, mit der Überdeckung des Eigenkapitals um 46 Mio. Franken könnten wir diese Zahl einsetzen, welche wir grundsätzlich akzeptieren können.

Stefan Maissen (FDP)

Antrag auf Bemerkung der FDP

Mit dieser Steuerfussenkung kann das Ziel der ausgeglichenen Rechnung in den nächsten Jahren kaum erreicht werden. Aufgrund der guten finanziellen Ausgangslage werden negative Rechnungsergebnisse von kumuliert maximal 45 Mio. Franken akzeptiert.

Wir finden die Grössenordnung von 30 Mio. Franken richtig. Aber es geht nicht einmal um den Betrag, welcher hier steht. Wir sind der Meinung, dass man besser früher als spät reagiert. Wir finden es gefährlich, wenn man länger zuwartet, bis man an die Grenze kommt, wo die Kapitaldecke so dünn ist, dass man schnell reagieren muss. Wir finden es vernünftig, wenn dort 30 Mio. Franken stehen, dann kann nämlich der Gemeinderat rechtzeitig anzeigen, wann wieder eine Bewegung in die andere Richtung nötig wäre und hat die Werkzeuge dazu gebaut, das entsprechend in einem AFP, wenn es in die Nähe der 30 Mio. Franken geht, entsprechend einzubringen. Deshalb empfehlen wir, den Antrag auf Bemerkung nicht zu überweisen.

Pius Barmet (GLP)

Ich mache beliebt, den Antrag zu unterstützen. Nur schon aus dem Fakt, dass das Basis-Szenario, welches Sie grossmehrheitlich unterstützen, mit einem Jahresergebnis von Minus von 42 Mio. Franken bei einem Steuerfuss von 1.40 rechnet. Folglich widerspricht der Antrag dem Basis-Szenario. Und mit der Anpassung des Antrags auf 45 Mio. Franken wäre das kongruent mit dem Basis-Szenario, welches der Einwohnerrat vorher als realistisch betrachtet hat. Deswegen mache ich beliebt, den Antrag zu unterstützen.

Ramon Bisang (FDP)

**Abstimmung Antrag auf Bemerkung der FDP
8.2, Ziff. 1, S. 54**

Mit dieser Steuerfussenkung kann das Ziel der ausgeglichenen Rechnung in den nächsten Jahren kaum erreicht werden. Aufgrund der guten finanziellen Ausgangslage werden negative Rechnungsergebnisse von kumuliert maximal 45 Mio. Franken akzeptiert.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 6:18 Stimmen abgelehnt.

Antrag auf Bemerkung der FDP

Das ist der letzte Antrag. Der Originaltext ist sehr restriktiv formuliert. Zuerst müssen wir netto mind. 15 Mio. Franken Überschuss machen. Wir würden gerne diese 15 Mio. Franken streichen und den Satz so formulieren: «Eine weitere Steuerfussenkung wird durch den Gemeinderat erst wieder geprüft, wenn in den nächsten Jahren 2026 und 2027 oder weiteren Jahren Rechnungsüberschüsse aufgelaufen sind.» Das ist die Änderung, die wir beantragen würden. Der zweite Satz ist für den Fall, dass «aufgrund dieser Regel eine weitere Steuerfussenkung beschlossen wird, beginnt die Berechnung im Rechnungsraum mit dem tiefen Steuerfuss wieder neu.» Wir sind der Meinung, dass man dort eine Limitierung in die gleiche Richtung gemacht hat, möglichst einschränken und wir sind der Meinung, es hat mehr Spielraum.

Stefan Maissen (FDP)

Letztlich liegt der Entscheid, ob Sie dann eine weitere Steuerfussenkung wollen oder nicht, bei Ihnen. Sie könnten jederzeit früher kommen mit einem Antrag auf Steuerfussenkung. Das ist unsere Aussage, damit wollen wir kommen. Damit wollen wir dem vorbeugen, dass wir wieder den Vorwurf hören, wir hätten während der ganzen Finanzstrategieperiode auch schon kommen sollen. Jetzt haben wir klare Regeln. Die Summe ist auch nicht zufällig gewählt, das sind die 1/20 Steuerfussenkung x sechs Jahre, das sind rund 15 Mio. Franken, und deshalb kommen wir mit diesem Antrag. Dieser ist klar einschränkender als der Antrag, aber wir sind der Meinung, dass wir damit eine handhabbare Zahl haben, bei welcher wir auch von uns her sagen können, jetzt müssen wir mit der erneuten Steuerfussenkung kommen.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Natürlich ist auch die SVP-Fraktion für Flexibilität und die FDP hat jetzt diverse Anträge gestellt, welche durchaus im Sinn von Steuerfussänderungen, namentlichen Senkung, mehr Spielraum geben. Aber wir wissen alle - und dafür haben wir die Finanzstrategie - es hat erhebliche Auswirkungen. Und ich wünsche, man hätte das in den Fraktionen oder in der GPK diskutieren können. Sie können sich vorstellen, für die SVP geht es in die richtige Richtung. Aber jetzt in einer Detailberatung derart massive Auswirkungen schnell beschliessen, das ist nicht unsere Sache. Es tut mir leid, zu sagen, dass auch die SVP-Fraktion den Antrag ablehnen muss.

Reto von Glutz (SVP)

Ja, so funktioniert die Politik, Herr von Glutz. Ich möchte einfach noch sagen, man würde gerne den Gemeinderat darauf behaften. Wenn die Ergebnisse effektiv eintreffen, dann warten wir natürlich jetzt - im Gegensatz zur Vorgängerversion - dass die Sachen effektiv gemacht werden. Das wäre meine Wartung. Ich sehe, dass der Antrag keine Chance hat, man wird wahrscheinlich bei den 15 Mio. Franken bleiben, aber dann bin ich auch froh, wenn man sich dann auch danach richtet.

Stefan Maissen (FDP)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der FDP

8.2, Ziff. 2

Eine weitere Steuerfussenkung wird durch den Gemeinderat erst wieder geprüft, wenn in den Rechnungsjahren 2026 und 2027 (oder weiteren Jahren) Rechnungsüberschüsse aufgelaufen sind. Für den Fall, dass aufgrund dieser Regel eine weitere Steuerfussenkung beschlossen wird, beginnt die Berechnung im Rechnungsjahr mit dem tieferen Steuerfuss wieder neu.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 6:18 Stimmen abgelehnt.

Fortsetzung Detailberatung Bericht und Antrag Nr. 1769 Finanzstrategie 2026-2031

Abstimmung Beschluss:

Die Finanzstrategie 2026-2031 wird mit 24:0 Stimmen einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bericht und Antrag Nr. 1770 Investitionsprogramm 2026-2031

Eintreten GPK

Die GPK hat das Investitionsprogramm 2026-2031 an ihrer Sitzung vom 17. Juni 2025 behandelt. Die Gemeinderäte Thomas Zemp und Hans-Ruedi Jung sowie Gemeinderätin Astrid David Müller und Mitarbeitende der Verwaltung haben teilgenommen und die Fragen der GPK beantwortet. Die Gemeinde Horw legt dem Einwohnerrat jährlich ein Investitionsprogramm zur Kenntnisnahme vor. Dieses ist Teil der langfristigen Finanzplanung und bildet eine wichtige Grundlage für den Aufgaben- und Finanzplan, der jeweils im Herbst beraten wird. Der vorliegende Bericht als tabellarische Darstellung von Investitionen, gegliedert nach Aufgabenbereichen, umfasst zahlreiche Projekte in unterschiedlichen Planungs- und Umsetzungsphasen. Einige sind konkret und unmittelbar bevorstehend, andere noch in der Konzeptphase. Die GPK hat sich mit dem Umfang und der zeitlichen Staffelung der Investitionen auseinandergesetzt und einzelne Mitglieder hatten zu einzelnen Investitionsprojekten Fragen, welche geklärt wurden. Aufgrund der aktuellen Finanzentwicklung – wir haben zuvor die Finanzstrategie besprochen – ist davon auszugehen, dass die kommenden Jahre auch im Investitionsbereich herausfordernder werden. Der künftige Cashflow wird geringer ausfallen als bisher, was sich auf die Finanzierungsmöglichkeiten auswirkt. Es ist daher wichtig, dass Investitionen in den kommenden Jahren gut abgestimmt, sorgfältig geplant und bei Bedarf auch angepasst werden. Der Gemeinderat hat an der Sitzung signalisiert, dass er sich dieser Situation bewusst ist und bereit ist, die nötigen Schritte zu gehen. Die GPK erwartet, dass diese Haltung auch in der weiteren Planung spürbar bleibt.

Lukas Bucher (L20)

Die GPK dankt für die Ausarbeitung des Berichts und beantragt Eintreten und Kenntnisnahme.

Eintreten BVK

Wie wir vorhin gehört haben, sind die Finanzen von Horw einerseits von schwierig abschätzbaren Steuereinnahmen abhängig. Auf der anderen Seite haben wir als wesentliche Ausgaben die Investitionen, welche zwar weniger ungewiss, dafür aber dringender oder weniger dringend sind, und terminlich auch nicht immer aufs Jahr genau geplant werden können. Bis ins Jahr 2031 reden wir von 112.6 Mio. Franken, welche zur Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur, aber auch zum Ausbau, Unterhalt oder Ersatz von unserem Verwaltungs- und Finanzvermögen ausgegeben werden sollen. Haben wir investiert, schlagen auf der Ausgabenseite auch die höheren Abschreibungen zu Buche. Darum ist das heute vorliegende, auf die Finanzstrategie und den AFP abgestimmte Investitionsprogramm 2026-2031 so wichtig und mitentscheidend für die Finanzen von Horw. Auch bei den Investitionen kann nicht alles gesteuert und voraus-

Jürg Biese (FDP)

gesehen werden. So ergeben sich zum Beispiel durch Einsprachen, Projektänderungen oder weiteren Abklärungen, aber auch durch politische Entscheide – nicht zuletzt in unserem Rat – immer wieder Verzögerungen, sodass die Investitionen nie in dem Ausmass anfallen, wie sie in einem Investitionsprogramm oder Budget vorgesehen und freigegeben worden sind. Unter den vorgenannten Aspekten gilt es, die in den nächsten sechs Jahren geplanten Investitionen zu priorisieren, damit wir reagieren können, wenn wir merken, dass etwas finanziell möglich – oder eben grad nicht möglich - sein sollte. Aufgrund der guten finanziellen Lage der Gemeinde Horw, ausserordentlichen Steuererträgen und einem hohen Eigenkapital war das in der Vergangenheit eigentlich noch nie der Fall. Trotzdem ist die Priorisierung wichtig und die BVK hat sie anlässlich ihrer Sitzung überprüft, wie auch verschiedene Investitionen generell hinterfragt. Wenn man den Zusammenzug der Investitionen nach Prioritäten anschaut, fällt auf, dass wir 42 Mio. Franken dringend investieren müssen, was beunruhigend wäre, wenn man nicht wüsste, dass darin die 32 Mio. Franken für den Erneuerungsbau des Schulhaus Allmend enthalten sind. Bei der Durchsicht der für die BVK relevanten Aufgabenbereiche hat sich herausgestellt, dass man zwei Investitionen zeitlich nach hinten verschieben kann. Das ist einerseits die Planung und Umsetzung der Umgestaltung und Attraktivierung des Gemeindehausplatzes und der Marktgasse, weil das Projekt im Jahr 2026 schlichtweg noch nicht so weit sein wird, dass es dafür schon 600'000 Franken bräuchte. Es reicht, wenn im Jahr 2026 200'000 Franken für die Planung und öffentliche Mitwirkung, und dann in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 400'000 Franken vorgesehen werden. Und im Nachgang zur BVK-Sitzung hat der Gemeinderat Thomas Zemp vermeldet, dass wir die Realisierung der Südallee im Bereich Technikumstrasse mit einem Aufwand von 3 Mio. Franken mindestens ins 2031 verschieben können. Diesen Ball nehmen wir gerne auf und werden deshalb den entsprechenden Antrag stellen, nicht zuletzt, weil auch der Finanzchef Hans-Ruedi Jung bestätigt hat, dass uns das hilft. Während der weiteren Beratung der Investitionen haben wir erfahren, dass nach der Bushaltestelle Waldegg keine weiteren Bushaltestellen behindertengerecht umgebaut werden. Bezüglich Umsetzung von Massnahmen für den Langsamverkehr steht aber noch einiges an, wie auch bei der Dorfbachsanieierung, wo das Projekt aktuell infolge eines Personalwechsels beim Kanton ins Stocken geraten ist und zudem grundsätzlich hinterfragt wird. Im Bereich Immobilien und Sicherheit stehen wesentliche Investitionen für die Sanierung und die Neugestaltung des Friedhofs sowie der Ersatzneubau der «Toblerone» beim Schulhaus Kastanienbaum mit einem Doppelkindergarten und Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen an. Bezüglich Investitionsvolumen hat man sich dabei am Neubau auf dem Kirchfeldhügel orientieren können. Mit der Priorisierung der Investitionen war die BVK insgesamt einverstanden, sodass sie am Schluss zusammen mit den zwei erwähnten Anträgen für die Kenntnisnahme des Investitionsprogramms mit Finanzplanung inkl. Priorisierung der Investitionen ist.

Das Eintreten ist für die BVK unbestritten.

Eintreten BGSK

Philipp Peter (L20)

Ich darf mich kurzzufassen. Die BGSK hat in Anbetracht der fehlenden Relevanz in den Themenbereichen der BGSK auf eine Beratung des Investitionsprogramms und auch auf eine Sitzung verzichtet. Deshalb kann ich nichts dazu sagen.

Eintreten Die Mitte/GLP

Marc Wiest (Die Mitte)

Die Mitte/GLP-Fraktion hat das Investitionsprogramm 2026-2031 an der letzten Fraktionssitzung besprochen. Es erlaubt einen weiteren Blick in die Zukunft als der AFP, deshalb schätzen wir das Instrument des Investitionsprogramms. Wohl wird es bei einzelnen Posten, wie immer, in der Praxis gewisse zeitliche Verschiebungen geben, wir sehen die anstehenden Investitionen der nächsten Jahre aber verständlich und gut priorisiert dargestellt und bedanken uns bei der Verwaltung für die professionelle Ausarbeitung. Im Grossen und Ganzen sind die geplanten Ausgaben bei uns unbestritten.

Neben ein paar Klärungsfragen gab einzig die geplante Erweiterung des Parkplatzes Felmis etwas zu reden. Teile der Fraktion befürchten, dass mit mehr Angebot auch mehr Nachfrage entstehen wird. Dazu dann noch eine Frage in der Detailberatung, aber kein Antrag. Weiter werden wir den Anträgen aus der BVK folgen und stellen keine eigenen Anträge.

Die Mitte/GLP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme.

Eintreten L20/Junge L20

Jonas Heeb (L20)

Wie schon bei der Finanzstrategie, zeigt auch das Investitionsprogramm 2026-2031 im Grundsatz wenig Neues gegenüber den letzten Jahren: Die finanzielle Lage sei gut, aber für die Zukunft unsicher, die Investitionen bleiben hoch, und es müssen Priorisierungen vorgenommen werden. Die L20/Junge L20-Fraktion nimmt vom diesjährigen Investitionsprogramm vor allem mit, dass sehr viele wichtige Projekte zum Wohl unserer Gemeinde anstehen. Wir sind unverändert der Meinung, dass proaktive Verschiebungen durch die Gemeinde selbst, also ohne äussere Einwirkungen, möglichst vermieden werden sollen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen – und die Erfahrung hat uns recht gegeben – dass Verschiebungen unter dem Strich eben selten zu Einsparungen führen. Nach wie vor regen wir an, anstehende Investitionen zu tätigen – denn es werden auch in Zukunft nicht weniger werden und mit sparmotivierten Verschiebungen staut sich nur ein grösserer Berg an wichtigen und notwendigen Investitionen an. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass die Investitionen mit entsprechender Vorbereitung anzugehen sind. Das heisst, die Ressourcen müssen bereitstehen, um entsprechende Investitionen auch tatsächlich tätigen zu können. Mit der Zahl an Franken in den jeweiligen Jahren ist eine Investition noch nicht gemacht und umgesetzt. Die Planung der Ressourcen für die Umsetzung selbst gehört darum genauso zum vorausschauenden Vorgehen wie die finanzielle Planung, welche wir heute hier beraten. Mit den Diskussionen um Prioritätensetzungen und der Steuersenkung erhärtet sich bei uns die Sorge, dass es in Zukunft zu vermeidbaren Verschiebungen kommen wird, welche aufgrund der vielen anstehenden Projekten einen Investitionsstau zur Folge haben könnten. Ich möchte die Diskussion nicht nochmals aufflammen lassen, dennoch können wir es uns nicht verkneifen, erneut darauf hinzuweisen, dass angesichts der Einschätzungen des Gemeinderats eine Steuersenkung schlicht fehl am Platz ist und sich als Bumerang erweisen wird. Die Gemeinde hat momentan den finanziellen Spielraum, den sie aber auch dringend brauchen wird, um die vorher genannten Szenarien zu verhindern. Wir regen an, diesen Spielraum auch entsprechend für Investitionen zu nutzen, denn davon profitieren letztlich alle Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Horw. Wir möchten uns allen auch eine erneute Diskussion rund um die Prioritätensetzung im Investitionsprogramm ersparen. Es sei aber trotzdem erneut darauf hingewiesen, dass die Vergabe der Prioritäten weiterhin irritiert und für Intransparenz sorgt und dass wenn es – wie schon gesagt – nicht von äusseren Umständen abhängt, Verzögerungen zu vermeiden sind. Im Sinne dieser Ausführungen danken wir für die Zusammenstellung der Investitionen der Gemeinde Horw. Wir dürfen auch gespannt in die Zukunft und auf die Umsetzungen der verschiedenen Projekte blicken. Wir hoffen, dass wir uns diese Umsetzungen durch Verschiebungen, Verschleppungen und fehlenden Ressourcen nicht selbst verbauen.

Die L20/Junge L20 ist für Kenntnisnahme des Investitionsprogramms.

Eintreten FDP

Ramon Bisang (FDP)

Das hohe Investitionsvolumen, welches in diesem Investitionsprogramm reflektiert ist, zeugt von den intensiven Aktivitäten der Gemeinde Horw. Von einem Investitionsstau kann wohl kaum gesprochen werden. Das Gesamtvolumen ist aus unserer Sicht, wie meistens, tendenziell zu hoch, da aber nicht alle Projekte in dieser Geschwindigkeit so kommen werden und nur auf Grund der Flexibilität enthalten sind, ist es für uns tragbar. Die grossen Investitionsprojekte sind schon länger bekannt und wir nähern uns

der Realisierung. Ein gutes Controlling ist jetzt wichtig, sodass man, im Gegensatz zum Kanton oder zu anderen Gemeinden, sich nicht in Kostenüberschreitungen findet. Herausfordernder sind für uns eher die Platzhalter, welche sich im nächsten Jahr befinden. Gerne hätte man jetzt schon mehr zu Projekten wie der Attraktivierung des Gemeindehausplatzes oder den Digitalisierungsprojekten erfahren.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten des B+As, sowie für die Genehmigung des B+As.

Eintreten SVP

Reto von Glutz (SVP)

Für die Gemeinde Horw stehen weiterhin grosse und eher nicht länger aufschiebbare Investitionen an. Mit Blick auf das hohe Eigenkapital, wie im Bericht dargelegt, ist ein teilweiser Abbau dieser Reserven auch nach unserer Beurteilung richtig und sinnvoll. Unsere Politik hat auch die Pflicht, für eine gute und zeitgemässe Instandhaltung der Infrastruktur zu sorgen. Dabei freut uns die Würdigung durch den Gemeinderat S. 12, dass bei den Ausgaben entsprechend ihrer Notwendigkeit und Dringlichkeit Prioritäten zu setzen sind – dies ganz im Sinne unserer Parteipolitik. Wir teilen die Einschätzung eines positiven Ertragspotentials in der Zukunft, wie in der Würdigung ausgeführt wird. Kleine Differenzen gibt es hingegen auf der Zeitachse; dort sehen wir für einzelne Investitionen – etwa bei der Umsetzung Massnahmen Langsamverkehr – eine eher längere Zeitspanne. Dabei kommt es aber auf die einzelnen, tatsächlich zu realisierenden Massnahmen an, welche dann wiederum im Rahmen des jährlich wiederkehrenden Aufgaben- und Finanzplans kritisch zu prüfen und neu zu beurteilt sein werden.

Vor diesem Hintergrund der soeben diskutierten Finanzstrategie stellt die SVP-Fraktion keine Anträge und wir sind insgesamt bereit, das Investitionsprogramm mit Finanzplanung inkl. Priorisierung der Massnahmen zur Kenntnis zu nehmen. Für die detaillierte Auflistung durch die Gemeindeverwaltung danken wir bestens.

Haltung Gemeinderat

Hans-Ruedi Jung
Die Mitte)

Besten Dank für die Aufnahme des Berichts und Antrags. Ich will gar nicht weiter auf die Ausgangslage und die Erwägungen eingehen. Ich möchte einfach festhalten, dass das Investitionsprogramm eine sehr hohe Flughöhe hat. Im Gegensatz zum AFP, in welchem Sie bereits konkret gewisse Projekte und Investitionen beschliessen, zeigen wir hier unsere Investitionen auf längere Frist an. Und hier haben Sie die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, ob wir ein Investitionsprojekt konkret in den nächsten AFP aufnehmen oder eben nicht und herauschieben. Für uns ist es hilfreich, wenn wir hier die Signale bekommen, wo Sie in den nächsten Jahren ungefähr die Investitionen sehen. Ob Sie mit uns einig sind oder es ganz anders sehen. Mit dem Investitionsprogramm erfüllen wir übrigens einen Auftrag, welchen Sie uns gegeben haben. Andere Gemeinden haben das nicht. Wir haben das als Restanz aus der vor HRM2-Zeit übernommen, weil wir auch von unserer Seite aus der Meinung sind, dass es eine gute Vorbereitung für den AFP gibt.

Eine kurze Bemerkung zum Eintreten der L20 wegen der Priorisierung, dass diese Irreführend sei. Ich möchte mich dagegen stellen, ich finde es eine gute Sache, wie es priorisiert wird. Man muss halt einfach lesen, wie es erklärt wird, wie es funktioniert und dass es keine politische oder Wichtigkeitspriorisierung ist, sondern eine rein technisch/zeitliche und wenn man das versteht, dann finde ich sie sehr hilfreich und ich fände es schade, wenn wegen solchen Voten der Gemeinderat zum Schluss kommen sollte, dass sie das nicht mehr machen, deshalb wollte ich das noch kurz sagen.

Marc Wiest (Die Mitte)

Detailberatung Bericht und Antrag Nr. 1770 Investitionsprogramm 2026-2031

Keine Wortmeldung

Detailberatung Anhang Liste der Investitionen nach Aufgabenbereichen

Aufgabebereich 301 Bau und Umwelt

Jürg Biese (FDP)

Wie im Eintreten der BVK angekündigt, stellt die BVK aufgrund der Detailberatung einen Antrag zum Aufgabebereich 301 Bau und Umwelt, SüdAllee, Bereich Technikumstrasse. Thomas Zemp, Gemeinderat, hat uns im Nachgang zur Sitzung geschrieben, dass der Aufwand für die SüdAllee von 3 Mio. Franken bis 2031 verschoben werden könnte. Den Grund kann vielleicht er selbst noch erläutern.

Es ist richtig, dass man die 3 Mio. Franken verschieben kann. Die SüdAllee wird koordiniert mit dem Bauprojekt des Campus Horw erstellt. Wir gehen davon aus, dass das nicht vor 2031 sein wird, vielleicht sogar noch später. Aber wir finden es wichtig, dass die 3 Mio. Franken weiterhin sichtbar sind und nicht einfach zum Plan herausfallen, deshalb würde man es nach hinten schieben. Es ist ja dann so, dass wir Ihnen einen Bericht und Antrag zu diesem Thema vorlegen müssen beziehungsweise wollen, wir wollen dann ja auch einen Sonderkredit abholen. Wenn das tatsächlich viel früher der Fall sein sollte, dann können wir mit dem Bericht und Antrag den Kredit dazu holen. Es ist kein Problem, wenn wir den Betrag nach hinten schieben. Wichtig ist, dass der Betrag sichtbar bleibt.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der BVK SüdAllee, Bereich Technikumstrasse. S. 5

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Aufwand von 3 Mio. Franken wird ins Jahr 2031 verschoben.

Dem Antrag wird einstimmig mit 23:0 bei einer Enthaltung Stimmen zugestimmt.

Aufgabebereich 501 Immobilien und Sicherheit

Jürg Biese (FDP)

Hier der zweite angekündigte Antrag auf Bemerkung, betreffend die Gestaltung und Attraktivierung des Gemeindehausplatzes und Marktgasse. Ich habe es im Eintreten bereits begründet, dass man im Jahr 2026 noch nicht so weit ist, dass man dafür schon 600'000 Franken haben müsste.

Der Gemeinderat opponiert nicht.

Astrid David Müller
(SVP)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der BVK Aufgabebereich 501 und Sicherheit, S. 14

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Bei der Umsetzung Gestaltung und Attraktivierung Gemeindehausplatz / Marktgasse sollen im Jahr 2026 ein Betrag von 200'000 Franken, im Jahr 2027 ein Betrag von 400'000 Franken und im Jahr 2028 ein Betrag von 400'000 Franken eingestellt werden.

Dem Antrag wird mit 17:7 Stimmen zugestimmt.

Wie angekündigt hätte ich hier noch eine Frage aus unserer Fraktion zu den Erweiterungen Parkplätzen Felmis. Die Frage ist, wie die Ausgestaltung ungefähr geplant ist, was ist angedacht. Ich weiss, dass die Planung noch nicht fertig ist. Sind die neuen Parkplätze öffentlich und bewirtschaftet oder gehören diese zum Tennisklub? Es wurde in Zusammenhang mit dem Ausbau der Tennis-Felder erwähnt. Und zweitens, wie der Gemeinderat zu der Befürchtung steht, dass das Angebot auch Nachfrage generiert.

Marc Wiest (Die Mitte)

Es werden öffentliche Parkplätze sein. Je nach Möglichkeit gibt man dem Tennisclub ein bis zwei Parkplätze. Aber wirklich je nach Möglichkeit. Es werden einfache Parkplätze sein - ähnlich wie jetzt – mit Schotter. Zur Nachfrage: Es ist heute häufig so, dass viele Leute umkehren müssen, weil sie keinen Parkplatz haben, das wurde auch von der Minigolfanlage immer wieder moniert. Es wird nicht so sein, dass es ein klassischer Parkplatz sein wird, auf dem jemand einfach parkiert und dann ins Dorf geht, sondern es sind wirklich Parkplätze, welche genutzt werden von diesen Nutzern. Sei es von der Minigolfanlage oder von Spaziergängern. Es wird gewünscht, dass die Öffentlichkeit dort, und nicht im Längacher parkiert. Diesen kann man aber auch nicht aufheben, wie viele sich das vorstellen. Sonst nimmt der Druck noch mehr zu und der Weg ist relativ beschwerlich für Personen, welche nicht gut zu Fuss sind und auf der Halbinsel spazieren möchten.

Astrid David Müller
(SVP)

Das Votum der Gemeinderätin reizt mich jetzt schon ein bisschen. Es war einfach ein Gelaber, worum es geht. Wir haben dort eine Bushaltestelle, es ist bestens erschlossen, man könnte dort mit dem Bus hinfahren. Es gibt kein Grund, dass man das Auto nehmen muss. Und wenn man sagt, es sei nicht zum Einkaufen, das ist klar, dort hat es auch keine Läden. Ich bin der Meinung, der Einwand von Herrn Wiest ist berechtigt.

Urs Steiger (L20)

Noch kurz abschliessend: Ich habe es extra nur als Frage formuliert, weil der AFP ja dann kommt. Dort haben wir die Gelegenheit, noch einmal darüber zu diskutieren.

Marc Wiest (Die Mitte)

Ich finde den Ausdruck «Gelaber» sehr abschätzig. Ich glaube, wir könnten von der anderen politischen Seite das Gleiche behaupten und ich bitte, solche politischen Statements, bei welchen man inhaltlich anderer Meinung ist, fair zu bringen.

Stefan Maissen (FDP)

Fortsetzung Detailberatung Bericht und Antrag

Abstimmung Beschluss

Das Investitionsprogramm 2026-2031 mit Finanzplanung inkl. Priorisierung der Investitionen wird einstimmig mit 24:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

3. Bericht und Antrag Nr. 1768 Planungsbericht "Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof - Teil West"

Eintreten BVK

Die BVK hat den Planungsbericht «Änderung Bauungsplan Zentrumzone Bahnhof - Teil West» in Anwesenheit von Thomas Zemp und Erika Schläpfer, Fachperson Raumplanung und Baubewilligung, behandelt. Es ist ein sehr umfangreiches Geschäft, sehr viel Material und gleichzeitig waren die Diskussionen in der BVK relativ schlank. Wir haben uns anfänglich insbesondere über die ganze Konzeption unterhalten, welche aufgrund von verschiedenen Sachen Änderungen erfahren hat. Einerseits haben wir die Anpassung an die übergeordnete Gesetzgebung beziehungsweise an die Teilrevision der Ortsplanung, an die Entwicklung des Campus der Hochschule und auch geänderte Bedürfnisse der Bauherrschaft. Man hat über das Konzept diskutiert, man kam aber nachher zum Beschluss, dass die neue Konzeption eine hohe Qualität in diesen Raum bringt. Qualitäten, die wir im Zentrum brauchen, insbesondere durch die kompakteren Gebäude gibt es eine Freispielung von Grünräumen und Freiräumen, welche insbesondere für das Quartier, aber auch für die Öffentlichkeit teilweise zur Verfügung stehen. Das ist eine Qualität, die wir brauchen. Gleichzeitig bringen die Erhaltung der Ziegelei-Bauwerke, der Direktionsvilla und der Seilbahnstation eine Qualität in diesen Raum, welche eine Erinnerung an die Vergangenheit hat, die zu würdigen ist. Die Bestimmungen für den Bebauungsplan sind sehr umfangreich und bilden ab, was in der Ortsplanung schon festgeschrieben worden ist. Man kann darüber diskutieren, ob das notwendig ist oder nicht. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, dass vor allem nachher die Planenden sich primär an den Bebauungsplan halten und es von daher sinnvoll ist,

Urs Steiger (L20)

dass man die Bestimmungen aufnimmt. Die BVK hat aber trotzdem gefunden, dass man an gewissen Orten zu ausführlich ist und auch zu tief reguliert und hat deshalb drei Anträge für einerseits die Streichung beziehungsweise die Kürzung dieser Artikel, welche wir entsprechend vorbringen werden.

Insgesamt ist die BVK positiv eingestellt zu diesem Bebauungsplan und ist für Eintreten.

Eintreten Die Mitte/GLP

Christian Meyer
(Die Mitte)

Die Mitte/GLP Fraktion hat den B+A Nr. 1768 Planungsbericht «Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof – Teil West» anlässlich der Fraktionssitzung behandelt. Mit dem erwähnten Planungsbericht, welcher bis Ende 2025 öffentlich aufgelegt werden soll, nimmt die Gemeinde Horw einen weiteren wichtigen Schritt Richtung qualitätsvoller Weiterentwicklung ihres Zentrums. Bereits heute zeigen die realisierten Gebäude im Ziegeleipark, wie überzeugend und harmonisch moderne Architektur ins Ortsbild integriert werden kann. Die gestalterische Qualität dieser Bauten – insbesondere mit ihrer typischen Fassade, gut nutzbaren Aussenräumen und offenen Erdgeschosszonen – wird von der Bevölkerung sehr positiv wahrgenommen und stärkt das Vertrauen in die weiteren Entwicklungsschritte. Das neue Konzept «Wohnen im Park» knüpft daran an: Geplant sind rund 520 neue Wohnungen, umgeben von grosszügigen Grünflächen, mit einem klaren städtebaulichen Konzept, das kleinere Einzelbauten zugunsten weniger, dafür ausdrucksstarker Gebäude, ersetzt. Die beiden bestehenden Bauwerke – die Bahnstation und das markante Bürogebäude – bleiben erhalten und werden so alte Zeitgenossen für die künftige Überbauung und Nachkommen. Ein besonderes Augenmerk verdient der geplante öffentliche Spielplatz. Er soll als grosszügiger, gut zugänglicher Freiraum für Familien und Kinder gestaltet werden – ein echter Begegnungsort im Zentrum von Horw, der für alle Generationen nutzbar ist und die soziale Qualität des Quartiers entscheidend stärkt. Das gesamte Areal wird offen und einladend für die gesamte Bevölkerung konzipiert. Die neuen Bauten sollen die Anforderungen an eine hochwertige Fassadengestaltung erfüllen – im Sinne der bereits realisierten Bauten, mit der Möglichkeit, durch gezielte Vertiefungen oder Auskragungen gestalterische Akzente zu setzen. Der Artikel 4.4 in den Sonderbauvorschriften verhindert unerwünschte Zweckentfremdung durch systematische Kurzzeitvermietungen und sichert die Wohnfunktion des Gebiets langfristig. Ebenso wichtig erscheint uns die sorgfältige Ausarbeitung der Anlieferungssituation für geplante Verkaufsflächen. Hier braucht es im weiteren Verfahren klare und funktionierende Lösungen. Gerne möchten wir unseren Dank den Grundeigentümern und den Planern für ihre vorausschauende, engagierte und kooperative Arbeit aussprechen. Sie leisten damit einen zentralen Beitrag zu einer qualitätsvollen und zukunftsgerichteten Entwicklung unseres Zentrums.

Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des B+As Nr. 1768 und sind einstimmig für Eintreten und Genehmigung.

Eintreten L20/Junge L20

Sofia Galbraith (L20)

Die L20/Junge L20-Fraktion hat den B+A Nr. 1768 Planungsbericht «Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof – Teil West» mit seinen 13 Anhängen diskutiert. Die vorgeschlagene Überarbeitung des Bebauungsplans Zentrumszone Bahnhof Horw – Teil West ist ein wertvoller Schritt für die qualitätsorientierte Entwicklung unseres Ortszentrums. Besonders hervorzuheben ist die Schaffung grösserer, zusammenhängender Grünflächen und Freiräume. In Zeiten zunehmender Versiegelung und Klimawandels, was wir aktuell mit der Hitzeperiode schon jetzt im Juni erleben, ist dies ein Vorzeigeprojekt, welches dringend gebraucht wird. Besonders hervorzuheben ist dabei die klare Begrenzung des unterirdischen Bauens. Erst dadurch können die Funktionen der Grün- und Freiflächen, die heute noch die Qualität von Fruchtfolgefleichen haben, auch künftig voll zur Geltung kommen. Die Aufwertung der Aussenräume und die Entstehung von Flächen mit hoher Aufenthaltsqualität sind für das Wohlbefinden der Bevöl-

kerung und die Biodiversität von grosser Bedeutung. Die schon realisierten Gebäude mit gelungenen Aussen-Grünflächen am Bach, die in der Bevölkerung sehr gut ankommen, zeugen schon von der Richtung dieser Qualität der Überbauung. Mit der Verdichtung der Bebauung im Zentrum und dem Ausbau des Campus Horw steuern wir auf eine Unterversorgung mit öffentlich zugänglichen Räumen hin, die hohe Aufenthaltsqualität haben wie jetzt in dieser Zentrumszone West. Die Nachfrage nach Orten der Begegnung, Erholung und Bewegung wird weiter steigen. Es ist deshalb wichtig, dass wir bei der Planung und Umsetzung von Freiräumen und öffentlichen Plätzen zukunftsorientiert denken und ausreichend Flächen sichern in Horw. Ebenfalls positiv ist die geplante Realisierung eines öffentlichen Spielplatzes im Baufeld Süd. Ein altes Anliegen der L20. Es wäre sinnvoll gewesen, dieses Anliegen schon früher aufzunehmen. Manchmal braucht es anscheinend länger, bis derartige Bedürfnisse breiter anerkannt werden. Allerdings sind die dazugehörenden Bestimmungen im Reglement noch diffus. Der Spielplatz ist in Art. 18 aufgeführt, der die quartierorientierten Grün- und Freiflächen des Baufelds Süd behandelt. Ohne hier einen Antrag zu stellen, möchten wir dem Gemeinderat bei der Weiterbearbeitung mitgeben, dass es hier noch weitere Differenzierungen und Klärungen bedarf. Direkt an der Hochschulpromenade gelegen, ergibt sich gewiss eine hoher Nutzungsdruck für die Eichenmatte. Mit dem zu erwartenden Zustrom von Studierenden ist absehbar, dass auch diese Gruppe den Platz nutzen möchte und wird. Sich daraus ergebenden Konflikten kann gestalterisch vorgebeugt werden. Es wäre deshalb sinnvoll, bereits jetzt Lösungen anzudenken, wie die Nutzung der Eichenmatte geregelt werden kann, damit sie sowohl dem Quartier als auch der breiten Öffentlichkeit zugutekommt.

Zu einem anderen Anliegen in diesem Zusammenhang möchten wir doch noch im Sinne von Postulat Nr. 2023-770 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden, «Planungszone beim Bebauungsplan Horw Mitte, Teil West soll, so ausgestaltet werden, dass ein Kulturpavillon erstellt werden kann», einen Antrag für eine Möglichkeit für kulturelle Veranstaltungen im Sinne eines Kulturpavillons zu schaffen, stellen. Dieser könnte entweder indoor oder outdoor realisiert werden. Outdoor könnte dies im Rahmen der Freiraumgestaltung umgesetzt werden. Wir möchten diesbezüglich dem Gemeinderat Spielraum geben, kreativ zu werden, auch in Absprache mit der Kunst- und Kulturkommission, das umzusetzen. Wünschenswert wäre, wenn im Bericht auch architektonische Darstellungen enthalten wären, selbst wenn es sich noch um Konzepte handelt oder Fotos vom Stand jetziger Realisierung. Solche Visualisierungen helfen, die Richtung der neuen Gebäude besser zu verstehen und die Identität des neuen Zentrums greifbarer zu machen. Sie fördern zudem die Akzeptanz und das Verständnis in der Bevölkerung für die geplanten Veränderungen. Abschliessend möchte ich die gelungene Berücksichtigung der Denkmalpflege hervorheben. Der Erhalt der Seilbahnstation und des Verwaltungsgebäudes als Zeitzeugen der industriellen Vergangenheit ist ein wichtiger Beitrag zur Identität des Ortes. Besonders begrüssenswert ist, dass diese Gebäude auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein sollen.

Wir als Fraktion L20/Junge L20 sind für die Kenntnisnahme als auch für die Abschreibung beider Postulate von Urs Röllli.

Eintreten FDP

Jürg Biese (FDP)

Mit dem B+A Nr. 1768 liegt uns der umfangreiche Planungsbericht zu den Änderungen des Bebauungsplans Zentrumszone Bahnhof – Teil West, zur Beratung vor. Der Grund für die Anpassungen im Bebauungsplan sind der von der Grundeigentümerschaft erarbeitete Richtplan, die Anpassungen an die IVHB mit den neuen Baubegriffen und Baumassen, welche wir in den übrigen Gebieten auch schon im Rahmen der Teilrevision der Ortsplanung eingeführt haben, aber auch die zwei Postulate von Urs Röllli betreffend Ausgestaltung des Bebauungsplans, damit ein Kulturpavillon erstellt werden könnte, sowie betreffend der Umzonung von mehreren Grundstücken (in dem Bereich) in eine öffentliche Parkanlage Sternenried/Brünigweg. Beide Postulate sollen abge-

schrieben werden, obwohl aus unserer Sicht keines wirklich erfüllt ist. Um es vorwegzunehmen, die FDP wird den Abschreibungen trotzdem zustimmen, weil mit der Kunst- und Kulturkommission die Möglichkeiten eines Kulturpavillons geprüft worden sind, allerdings unseres Wissens nur bei der alten Bahnstation, welche im Postulat nur als möglicher Ort angegeben worden ist. Auch der Wunsch des zweiten Postulats, dass die Gemeinde unter Abtretung von Bauvolumen an die anderen Grundstücke drei Grundstücke im Süden übernimmt und eine öffentliche Parkanlage einrichtet, ist nicht realisiert worden. Dafür hat die Grundeigentümerschaft schon von sich aus erkannt, dass der erste Bebauungsplan von dieser Zone zu dicht geworden wäre, und hat deshalb in einem aufwändigen Verfahren eine andere Anordnung der Gebäudevolumen ermittelt, welche mit der Ziegeleimatte, dem Werkstatthof und der Eichenmatte eine markante Verbesserung betreffend Freiraum- und Vernetzungsqualität ergeben hat. Was die Überarbeitung der Sonderbauvorschriften angeht, befinden wir uns als Vertreter von liberalen Werten natürlich in der Zwickmühle. Einerseits fordern wir mit den Postulaten Anpassungen am Bebauungsplan, andererseits finden diverse Regelungen aus dem neuen BZR auch in diesen Sonderbauvorschriften wieder unnötigerweise Einzug, und zusätzlich kommen noch viele Restriktionen und Vorgaben hinzu, welche zwar im Sinne der von uns geforderten Freiräume, aber natürlich nicht mehr im Sinne der gestalterischen Freiheit der Grundeigentümerin sind. Die revidierten Sonderbauvorschriften sind ein Strauss von einschneidenden Vorschriften, welche es der Grundeigentümerin wirklich nicht einfach machen. Dort, wo sie für uns zu weit gegangen sind, haben wir das über unseren Vertreter in die BVK eingebracht, mit dem Resultat, dass diese Anträge, wie bereits angekündigt, von der BVK gestellt werden. Folglich werden wir die Anträge der BVK natürlich unterstützen. Der vorliegende Bebauungsplan mit den Sonderbauvorschriften ist eine umfassende und detaillierte Planung, welche gegenüber dem ersten Bebauungsplan viele Verbesserungen beinhaltet. Wir wissen alle, wie sensibel die Bebauung im Horwer Dorfzentrum ist und die nahe Umgebung zeigt, wie man es besser nicht macht. Der Bebauungsplan «Zentrumszone Bahnhof – Teil West» weist eine offene, natürliche und bezüglich Freiräume, Mobilität und Klimaadaptation durchdachte Gestaltung aus, was wir sehr begrüßen. Die Gemeinde Horw muss Grundeigentümerinnen wie in dem Fall dankbar sein, dass sie auf die Anliegen und Bedürfnisse der Öffentlichkeit eingeht und die notwendige Umsicht und das Verständnis dafür aufbringt.

Wir sind gespannt auf die weitere Entwicklung der Zentrumszone Bahnhof West, sind für Kenntnisnahme des vorliegenden Planungsberichts, sowie für Eintreten.

Eintreten SVP

Reto Eberhard (SVP)

Die SVP hat an ihrer Sitzung den B+A Nr. 1778 Planungsbericht «Änderung Bebauungsplan Zentrumszonen Bahnhof - Teil West» besprochen. In der Gemeinde Horw wird sehr viel gebaut und der Abschnitt Bahnhof Teil West ist wieder ein Teil mehr, welcher bebaut wurde und wird. Natürlich kann man das Grundstück besser ausnutzen, wenn man grosse und hohe Blöcke baut, wir haben es bereits gehört. Aber auch hier ist auf eine Verhältnismässigkeit bei der Planung und Umsetzung zu achten, sodass sich die sogenannte Körnung der Gebäude ins Quartier hineinpassen müssen. Und nicht, wie in Kriens, aus dem Ruder laufen. Im Allgemeinen gilt, weniger ist mehr. Da haben wir uns bei dieser umfassenden Dokumentation und den verschiedenen Konzeptstudien, welche gefordert sind, schon gefragt, wer das am Schluss zahlen muss. Es ist klar, am Ende wird es der Mieter bezahlen müssen. So wird nicht nur die Miete für Wohnraum und Wohnungen immer höher hinaufgetrieben, sondern auch die Preise für Eigentum, Häuser und Liegenschaften. Im Allgemeinen finden wir aber den geplanten Bau so weit gut und passend.

Der SVP ist für Eintreten auf den Bebauungsplan Zentrums Bahnhof West und Kenntnisnahme des B+As Nr. 1768.

Haltung Gemeinderat

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Besten Dank für die würdigenden Worte, welche ich da aus der BVK und den Fraktionen vernehmen durfte. Es steckt viel Arbeit darin, vor allem auf der Seite der Grundeigentümerschaft hat man in den letzten 2-2.5 Jahren viel Arbeit investiert, um ein Richtprojekt zu entwickeln, welches jetzt die Basis für diesen Bebauungsplan bilden kann. Die Ausgangslage hat das Votum von Urs Steiger der BVK aufgezeigt. Er hat gut geschildert, worum es geht und was dabei herausgekommen ist. Noch einmal die wichtigsten Punkte zusammenfassend: Die Ausgangslage war immer die, dass man gesagt hat, man schafft nicht mehr Volumen/Nutzung, sondern man entwickelt den alten Bebauungsplan weiter, aber es soll nicht zu einer Mehrnutzung führen, deshalb ist die Aussage der SVP nicht richtig, dass man das Grundstück besser nutzt, sondern man hat das bestehende Volumen einfach anders angeordnet. Und in der anderen Anordnung schafft man es eben, indem man weniger Gebäude macht, dafür grössere Gebäude, dass man grössere zusammenhängende Freiräume realisieren kann. Und das ist genau das, was gefordert ist, dass man ein Grundstück dicht bebaut und das ist in der Nähe des Bahnhofs sinnvoll. Wenn man das dicht bebauen will, braucht man auch qualitativ hochstehende Freiräume und ich glaube, das ist mit dieser Weiterentwicklung gelungen. Wir haben weniger Gebäude, dafür grössere Gebäude, welche es zulassen, dass man qualitativ hochstehende Freiräume hat, welche auch zusammenhängend sind. Das ist ein wichtiger Punkt. Es ist aber auch ein wichtiger Punkt, dass man die Kulturzeugen tatsächlich erhalten kann. Und das ist auch im Interesse der Grundeigentümerschaft, dass man den Bezug zu dieser industriellen Vergangenheit weiter sicherstellen kann. Und was auch noch wichtig ist, ist die Erfahrung aus der ersten Etappe der Überbauung, welche gemacht wurde, und man hat festgestellt, dass man im Bereich des Baufelds Mitte eher zu dicht ist und dass wir einen Teil dieser Dichte, von diesem Volumen, ins Baufeld Süd transferieren. Und das ist insofern eben auch richtig, weil sich dort eine Entwicklung abbildet - nicht nur abbildet, sondern mit dem Campus Horw konkret ist - wo wir extreme Volumen hinstellen, wo es dann mit dieser Überbauung korrespondieren muss, welche man in dieser Wohnsiedlung macht. Die Chance dieser Weiterentwicklung des Bebauungsplans wurde genutzt. Und ein wichtiger Hinweis: Wir haben nicht einfach etwas Neues gemalt in einem Wurf, sondern es war ein sogenanntes Varianzverfahren, welches wir gewählt haben, bei dem die Architekten der Grundeigentümerschaft in verschiedenen Varianten eine Bebauung entwickelt haben. Fast zwei Jahre hat dieser Prozess gedauert und er wurde begleitet von der Fachkommission «horw mitte». Sie haben in der Beilage 12 die Stellungnahme der Fachkommission «horw mitte», welche diese Entwicklung ebenfalls sehr begrüsst. Ich glaube, sonst muss ich nicht mehr viel mehr ergänzen beim Eintreten. Das Meiste wurde von der BVK gesagt und wir können in die Detailberatung gehen.

Detailberatung Bericht und Antrag Nr. 1768 Planungsbericht "Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof - Teil West"

6.5 Richtprojekt für Baufeld Mitte-West und Süd

Reto von Glutz (SVP)

Das Kapitel 6.5 behandelt die Konzentration von Bauten in grösserem Volumen. Bei einem Sondernutzungsplan, wie wir es hier mit dem Bebauungsplan Horw Mitte, Teil West beurteilen, ist es gerade Sinn und Zweck der Sache, dass es eine Konzentration - dass es grössere Gebäude gibt. Wir haben heute im Einwohnerrat die grosse Möglichkeit, als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, Einfluss auf die Gestaltung dieser Bauten zu nehmen, namentlich auch auf die Art und Weise der Volumina. Wie es dann genau kommt, wird man erst auf der Stufe Baubewilligungsverfahren sehen. Aber bereits jetzt zeichnet sich aufgrund der Formulierung und des Schwerpunkts auf Freiräume - was grundsätzlich begrüssenswert ist, ab, dass man in einer Planung den Freiräumen dermassen viel, und auch im Sinn der Fortsetzung im Gebiet Horw Mitte-West - Gewicht geben wird. Es zeichnet sich eine Tendenz ab, dass man zuerst den Freiraum gestaltet und dann die Bauten und dort das zulässige Bauvolumen, welches wir in den Sonderbauvorschriften besprechen, versorgt - also die Anzahl Quadrat-

meter in die Höhe, Länge und Breite in die Gebäude legt. Es ist der SVP-Fraktion im Sinn der Bevölkerung ein grosses Anliegen, dass wir nicht Bauten im Stil von beispielsweise Kriens-Mattenhof oder von ehemals selbstständigen Gemeinden im Limmattal haben, wo inzwischen ein Hochhaus nach dem anderen zum Boden herauskommt und wo sich das Volumen - ungeachtet der ordentlichen Normalbauweise - in eine Höhe, Breite und Länge entwickelt, dass es den Betrachter fast erschlägt. Horw hat eine wunderbar gewachsene Struktur. Es hat Gebäude, es hat namentlich auch beliebte Wohnhäuser an der Technikumstrasse und ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen. Im Aspekt des Einordnungsgebots ist es mir das Anliegen, dass wir uns nicht allein an der Hochschule mit ihren sehr grossen Volumen orientieren. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass das eine öffentliche Zone ist, die Bauherrschaft ist der Kanton und dort ist eine Bildungsstätte. Wir haben aber anschliessend im Gebiet auch ein Wohnquartier und ich fände es eine höchst unglückliche Entwicklung - ohne dass ich die Visualisierungen oder alles Weitere kenne - wenn wir dort auf diesen Baufeldern eine einzige Baute von bis zu 75 Meter Länge, neun Geschossen, also 30 Meter Höhe baut, kurz gesagt ein Volumen baut, um Freiräume zu rechtfertigen, welches aber Quader oder Bauvolumen gibt, welche in das gewachsene Horw Mitte schlicht nicht passt. Ich würde gerne eine Diskussion lancieren - natürlich immer im Bewusstsein, dass wir auf einer hohen Flugebene sind - wie stark von der Normalbauweise abgewichen werden darf. Und um dem Ganzen im Hinblick auf das Baubewilligungsverfahren Nachdruck zu verleihen und im Sinne eines politischen Auftrags, wird die SVP-Fraktion den Antrag stellen, dass auf diesen Baufeldern - bewusst auf den Baufeldern MW 2 und Süd 1 - in einer feinkörnigen Bauweise mit mehreren Einzelbauten gegenüber einem einzigen langgezogenen Riegelbau der Vorrang zu geben ist. Den Architekten und Planern der Bauherrschaft wird damit überhaupt nichts weggenommen. Ich freue mich sogar auf die interessanten Projekte, welche man anhand der detaillierten Bauvorschriften durchaus spielerisch gestalten kann, wie es auch hier geschrieben ist. Aber es geht mir darum, im Sinn der zukünftigen Gestaltung von Horw - und das wird einmalig sein - zu vermeiden, dass es einfach im Sinn - wie man es in früheren Jahrzehnten gemacht hat - einfach eine einzige riesige Baute entsteht. Das passt schlicht nicht in unser schönes Dorf. Das wäre der Antrag zu Händen der Diskussion.

Ich bin vom Vorschlag aus den Reihen der SVP und von Herrn von Glutz als Jurist gleichermassen überrascht. Wenn Sie die Spielregeln abmachen wollen, wie das gebaut wird, dann war das im Rahmen der Teilrevision möglich gewesen. Es war auch Voraus im Rahmen des Richtplans möglich. Jetzt - aus individuellem ästhetischem Empfinden zu argumentieren - finde ich doch sehr erstaunlich, ausserdem ist es auch nicht griffig, was Sie da formulieren. Was meinen Sie mit feinkörnig und so weiter? Da geht es jetzt wirklich darum, im Nachhinein ein persönliches Ortsbild über ein auf mehrfacher Ebene gelaufenes Geschäft zu stülpen.

Philipp Peter (L20)

Die Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind schon länger dabei. Wir können uns erinnern, dass genau das in den ersten Konzepten eigentlich vorgesehen war. Es waren Gebäude mit einem Fussabdruck in der Grössenordnung des jetzigen Ziegeleiparks vorgesehen. Man hat gewünscht, dass man mehr Freiraum schafft, das sieht man jetzt mit dem Konzept Eichenmatt. Und jetzt möchte man wieder in die andere Richtung zurückgehen - nachdem die Grundeigentümer gefühlt mindestens 16 Varianten geprüft haben. Ich finde, das ist tatsächlich nicht zielorientiert. Deshalb würde ich dringend anraten, diese Bemerkung nicht zu überweisen.

Pius Barmet (GLP)

Ich möchte das Votum unterstützen. Auch die FDP ist der Meinung, dass man es - so formuliert - nicht überweisen sollte. Wir haben hier ein Projekt, das relativ weit ist. Den Prozess haben wir gehört, die Einflussmöglichkeiten hatten wir, die haben wir wahrgenommen - wie Herr Barmet es gesagt hat, haben wir die Freiräume eingefordert - und wir sind der Meinung, dass es umgesetzt ist, wie es verlangt wurde. Wir wollen hier nicht noch einmal weitere Auflagen machen, welche den Bauherrn einschränken. Das

Stefan Maissen (FDP)

kann es zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr sein und wir sind auch klar der Meinung, das ist kein Dorfzentrum mit kleinen Häuschen. Das ist eine moderne Siedlung in dem Kontext, wo sie ist, und das ist eine sehr gelungene Sache und wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

Wir sind in einem mehrstufigen Verfahren, der Einwohnerrat konnte sich schon mehrfach äussern, aber wir sind immer noch auf einer Stufe - auf der Sondernutzungsplanungsstufe - wo wir konkret Einfluss nehmen können und sollen. Und es geht darum, die Art und Weise des Bauvolumens zu verteilen. Namentlich in der Höhe, wie es rundherum durchaus auch kleiner strukturierte Quartiere hat. Selbstverständlich, Herr Maisen, es geht nicht um Einfamilienhäuser. Aber es geht jetzt darum zu vermeiden, dass wir auf engem Raum dermassen grosse Bauvolumen haben - und ich rede bewusst von den grau schraffierten Flächen, die Sie auf dem Bebauungsplan Zentrumszonen haben. Nichts gegen die Freiräume, die gefallen auch uns, aber was innerhalb der grauschraffierten Flächen - namentlich den Baufeldern, welche vorne genannt sind - passieren wird, darauf können und sollen wir hier Einfluss nehmen. Und es geht wirklich nicht um ein persönliches Interesse. Im Gegenteil, mich hat aufgeschreckt, was alles vor Bundesgericht verhandelt wurde. Ich bin beruflich motiviert, dass sich a) Horw weiterentwickelt und b) das nicht - wer weiss, wie lange über diesen Fall zuerst planerisch und dann rechtlich diskutiert wird - dass im Nachhinein, wie zum Beispiel in Samedan oder in anderen Gemeinden, der ganze Bebauungsplan aufgehoben wird, weil die Normbauschriften ihres Sinnes entleert wurden - weil zu massiv gebaut wurde. Es gibt genug Beispiele und ich möchte es für Horw vermeiden, dass man dermassen Bauvolumen - in Abweichung von unserer erst gerade in Kraft getretenen Ortsplanung - beschliesst, welche nachher letztlich als unrechtmässig oder übermässig taxiert wird. Also noch einmal - man könnte den Antrag übrigens gerne anpassen - aber es geht wirklich darum, im Sinne des Einordnungsgebotes ein Verhältnis zu schaffen, das dem gesamten Gemeindegebiet Rechnung trägt.

Reto von Glutz (SVP)

Wenn wir diesen Antrag überweisen würden, dann wäre das aus Sicht des Einwohnerrats äusserst penibel und wir würden uns absolut ungläubwürdig machen. Man sass mit der Grundeigentümerschaft zusammen - im Besucherraum sitzt Frau Strässle, welche dabei war mit diesen Grundeigentümerinnen. Man hat unser Anliegen, mit den vorher erwähnten Vorstössen, erläutert. Man hat versucht, von einer feinkörnigen Bauweise zu etwas zu kommen, wie man verdichteter bauen kann, damit man mehr Freiraumflächen schaffen kann, was wirklich sehr löblich umgesetzt wurde. Jetzt wieder zurückzugehen, da würden wir uns lächerlich machen.

Jürg Biese (FDP)

Ich möchte mich ein wenig in die Diskussion einbringen. Während der Pause hat Herr Einwohnerrat Reto von Glutz mir gesagt, eine seiner Befürchtungen - was ich aber hier höchstens in dem langgezogenen Riegelbau sehe - ist, dass das graue Feld 75 Meter lang ist. Ich möchte diesem Antrag nicht folgen, aber wir haben beim Eintreten auch gesagt, Visualisierungen wären hilfreich gewesen, um etwas klarer zu vermitteln, was eigentlich geplant ist. Ich glaube, das hätte diesem Antrag entgegengewirkt.

Sofia Galbraith (L20)

Ich gebe Herrn von Glutz recht, dass dieser Moment jetzt ist, wenn man etwas bestimmen will. Wir bestimmen über den Bebauungsplan - beziehungsweise noch nicht. Es ist eine Vordiskussion, das ist jetzt der richtige Moment, in dem man das machen kann. Vom Verfahren her, ich finde das auch nicht peinlich, da muss man jetzt sagen, was man will. Aber inhaltlich gesehen ist es natürlich schon so, es ist abzuwägen, ob man die Freiräume will oder alles überstellen will. Und wenn man diese Freiräume will - und das ist eine grosse Qualität - wir haben in diesem Ortsgebiet zu wenig Freiräume - und damit können wir diese schaffen. Und das heisst aber auch, dass wir in einem gewissen Mass verdichten müssen oder eben auch grössere Baukörper machen. Ich unterstütze das Votum von Frau Galbraith, dass in diesem Moment eine gewisse Visualisierung oder eine architektonische Vorstellung fehlt, dass man nicht einfach nur von

Urs Steiger (L20)

solch langen Baukörpern spricht, da kann noch sehr viel Qualität passieren in der Gestaltung dieser Fassaden und wie man die Baukörper noch ein bisschen gegenseitig verschiebt und so weiter - also die Strukturierung einbringt. Ich habe befürchtet, dass wir genau deswegen auf diese Diskussion kommen. Aber grundsätzlich ist die Richtung richtig, wir halten unsere anderen Räume frei, wir machen diese Strategie schon lange, die Halbinsel ist frei. Aber wir haben immer gesagt, wir verdichten im Zentrum - qualitativ verdichten - und das haben wir jetzt hier. Wir haben einen sehr guten Vorschlag - es wäre natürlich auch gut gewesen, wenn wir noch zwei, drei andere Vorschläge des Differenzverfahrens gesehen hätten.

Wenn man etwas ändern will, muss man das sicher jetzt sagen. Wir sind jetzt in der öffentlichen Mitwirkung und das nächste Mal, wenn wir in den Einwohnerrat kommen, ist die öffentliche Auflage durch, dann geht es dann um den Beschluss. Aber - im Bebauungsplan, der ursprünglich 2012 erlassen wurde - darin ist die Dichte vorgegeben. Die Volumina sind vorhanden und es war im Einwohnerrat unbestritten, bei jeder Diskussion, die wir hier hatten, dass die Volumina gleich bleiben. Es war ein Antrag oder ein Vorschlag des Einwohnerrats, dass man sagte, man könnte zugunsten kleinerer Fussabdrücke mehr in die Höhe gehen. Das Ziel war es, dadurch mehr Freiraum zu gewinnen, genau das hat man gemacht. Und wenn Sie daran jetzt etwas verändern wollen, dann heisst das letztlich, wenn man die Fussabdrücke oder die Baubereiche verkleinert, dann muss man das mit der Höhe kompensieren. Und Sie können schon davon ausgehen - das ist genau das Wesen und der Sinn des Bebauungsplans - die Baubereiche, welche da ausgeschieden sind, diese werden so realisiert. Die Höhe ist genau vorgegeben - der Bebauungsplan ist ja im Prinzip wie ein Instrument, um das sicherzustellen, dass das Richtprojekt mehr oder weniger so umgesetzt wird, wie es vorliegt. Sie können das Modell im Foyer des Gemeindehauses anschauen. Dort sieht man, wie die Baukörper aussehen. Sie sagen 75 Meter seien viel, schauen Sie das N2 an, das ist 94 Meter lang. Der Bau wirkt nicht unbedingt so, weil er Struktur hat. Das ist genau der Punkt, welchen wir im Bauplan eingeplant haben. Wir wollen nicht die glatten Fassaden, sondern wir wollen es bewusst zulassen, dass man über die Baulinie hinaus Vorsprünge und Rücksprünge hat. Sodass man diesen Gebäuden eine gewisse Plastizität verleihen kann. Das ist auch das Anliegen der Grundeigentümerschaft und darum ist es schon so - dieser Bebauungsplan wird nachher so realisiert. Wir hatten lange Diskussionen - zwischen dem MW1 und dem MW2 gibt es einen Freihaltebereich. Man hat explizit im Bebauungsplan geregelt, dass man genau will, dass es dort nicht zugebaut wird, auch nicht mit Balkonen. Sie können nicht davon ausgehen, dass man mit Ihrer Bemerkung sagt, im MW2 machen wir jetzt drei einzelne Gebäude. Es wird ein Gebäude geben, welches aber eine Struktur hat. Und es ist halt schon so - ich verstehe, dass man ein bisschen Architektur sehen möchte - aber es ist ein bisschen zweischneidig mit der Architektur und mit Stimmungsbildern. Die Leute haben dann das Gefühl, es kommt genau das, was man abbildet. Und wir sind ja heute eigentlich schon meilenweit davon entfernt davon, wo wir 2012 waren, wo man einfach gesagt hat, das sind Baufelder. Heute muss man praktisch ein Richtprojekt vorlegen und erst dann gibt es den Bebauungsplan. Wenn man sich das vorstellt, man hat ein Grundstück und muss ein Richtprojekt erarbeiten und man hat keine Ahnung, ob das nachher mehrheitsfähig ist. Und im dümmsten Fall, wenn das mehrheitsfähig wäre, würde man sagen: Zurück an den Adressaten, wir wollen kleine Baufelder. Arbeitet wieder zwei Jahre und dann sind wieder die Hälfte der Einwohnerräte andere, welche sagen, man hätte lieber grössere Baufelder. Von daher sind wir schon in einem Prozess, der eine gewisse Verlässlichkeit braucht und deshalb finde ich es wichtig, dass man sich bewusst ist, dass man nicht mehr Volumen hineingepackt hat, man hat es anders verteilt. Und ich finde, man hat es sinnvoll verteilt und es ist gut, dass man das Baufeld Mitte-West entlastet hat und diesen Teil in den Süden verschoben hat. Für mich ist es klar, ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Eine Ergänzung noch zur Konkretisierung. Ich verstehe das schon. Andererseits hat man jetzt noch ein bisschen Zeit, bis sie dann mit dem Antrag/mit dem Entscheid kommen. Vielleicht kann man in dieser Zeit daran arbeiten. Ich weiss nicht, welches Programm die Bauherrschaft hat, aber vielleicht kann sie da etwas nachliefern. Für das Verständnis wäre es gut, wenn man dort noch ein bisschen mehr zeigen könnte.

Urs Steiger (L20)

**Abstimmung Antrag auf Bemerkung der SVP
Kapitel 6.5, S. 4**

Auf den Baufeldern MW2 und S1 ist einer kleinkörnigen Bauweise mit mehreren Einzelbauten gegenüber einem einzigen langgezogenen Riegelbau den Vorrang zu geben.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 5:18 Stimmen abgelehnt.

**Detailberatung Anhang 2, Sonderbauvorschriften
Antrag auf Bemerkung der BVK**

Art. 7 Abs. 2

«Begehbbare Dachflächen sind nur als gemeinschaftlich genutzte Flächen zulässig.»
Die BVK ist mehrheitlich der Meinung, dass das eine zu weit gehende Bestimmung ist, welche in das Recht des Eigentümers eingreift und beantragt, diesen Abschnitt zu streichen.

Urs Steiger (L20)

Wir sind der Meinung, dass es ein qualitätssicherndes Element ist, wenn man die Dachterrasse der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Respektive nicht der Allgemeinheit, sondern den Personen, welche dort wohnen. Wenn man dicht baut, dann ist es wichtig, das haben wir schon immer gesagt, dass man auch entsprechende Freiräume hat und eine Dachterrasse kann man durchaus auch als Freiraum anschauen. Und deshalb sind wir der Meinung, dass das eine wichtige Vorgabe wäre. Wir wollen sicherstellen, dass wir auf der West- und auf der Ostseite einigermaßen die gleichen Bedingungen haben. Ich gehe davon aus, auf der Ostseite wird man dann gar nicht darum herumkommen, die Freiräume auf dem Dach zur Verfügung zu stellen, weil man nämlich generell zu wenig Freiraum hat, was dann in ziemlich hohen Ersatzabgaben münden würde, wenn man diese Freiräume nicht hätte. Wir machen Ihnen beliebt, das drin zu lassen.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

**Abstimmung Antrag auf Bemerkung der BVK
Art. 7 Abs. 2**

streichen

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 16:6 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

**Antrag auf Bemerkung der BVK
Art. 7, Abs. 4**

Die BVK beantragt mehrheitlich, diesen Abschnitt zu streichen. Einerseits steht das bereits im BZR und auf der anderen Seite gibt es erhebliche Probleme im Unterhalt, das wurde auch von der Stadt so berichtet, dass das so gar nicht machbar ist. Man beantragt, diesen Abschnitt zu streichen.

Urs Steiger (L20)

Die erste Begründung verstehen wir. Wenn es tatsächlich im BZR schon geschrieben ist, und das ist es meines Wissens oder meiner Meinung nach auch, dann können wir uns überlegen, ob wir es hier noch einmal aufführen wollen. Wir sind vielleicht nicht ganz konsequent, wir haben ein paar Sachen explizit hier drin erwähnt, welche schon im BZR stehen. Von daher sind wir leidenschaftslos, wenn wir es herausnehmen - unter der Bedingung, dass es wirklich genau das Gleiche ist und nicht noch etwas Zusätzliches geregelt ist. Der zweite Punkt wird nicht funktionieren, wenn man diesen nicht will, weil es zu Problemen führen kann. Ich sage nicht, dass es zu Problemen

Thomas Zemp
(Die Mitte)

führen wird, sondern kann. Das BZR gilt natürlich trotzdem, der Bebauungsplan hat im Mindesten die gleichen Vorgaben wie das BZR. Aber wir nehmen das auch mit und prüfen das noch einmal, falls es überwiesen wird.

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der BVK

Art. 7, Abs. 4

Streichen

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 16:6 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Antrag auf Bemerkung der BVK

Art. 10

Die L20 hat bei Artikel 10 oder Artikel 18, je nachdem, ob es indoor oder outdoor realisiert wird, einen Antrag. Der Antrag lautet «Der Gemeinderat bemüht sich darum, im Baufeld Süd – in- oder outdoor – eine Möglichkeit für kulturelle Veranstaltungen im Sinne eines Kulturpavillons zu schaffen.» Wir machen beliebt, dem zuzustimmen, das wäre im Sinne des Postulats von Urs Rölli, welches nur geprüft – aber nicht umgesetzt wurde.

Sofia Galbraith (L20)

Ich würde gerne noch einmal auf mein Votum vom 29. Juni 2023 zurückkommen, als die Motion von Urs Rölli behandelt wurde und dann als Postulat entgegengenommen wurde. Dort haben wir Ihnen bereits gesagt, dass am 31. März 2022 die BVK eine Bemerkung überwiesen hat. Das war dann, als man mit der Überarbeitung angefangen hat. Dort hat die BVK die Bemerkung überwiesen, dass in der Phase 2 - also in der Überarbeitung des Bebauungsplans im Gebiet West - die Sicherstellung der industriekulturellen Werte und die Schaffung gemeinsamer Freizeit- und Kulturräume zu behandeln sind. Das haben wir in das Varianzverfahren eingegeben. Und das hat darin gemündet, dass jetzt die alte Seilbahnstation und das Verwaltungsgebäude erhalten bleiben. Und wir haben auch die Möglichkeit geschaffen, dass man beispielsweise vorzugsweise im S2 im EG eine entsprechende Nutzung vorsehen könnte. Es werden im Erdgeschoss überhohe Räume sein, wo man, wenn man das möchte, etwas Kulturelles machen kann. Es braucht dann zum richtigen Zeitpunkt das Commitment des Einwohnerrats, ob man das will. Abklärungen der Kunst- und Kulturkommission haben bereits stattgefunden. Wenn man in der Seilbahnstation etwas machen will, ging man davon aus, dass es nicht funktioniert. Wenn man ein neues Kulturlokal indoor machen möchte, dann geht es von mir aus gesehen entweder um eine Miete eines solchen Erdgeschosses oder um ein Baurecht. Der Einwohnerrat muss sich bewusst sein, ob man das zusätzlich will oder ist das Alternativ oder ein Ersatz für die Kulturmühle? Wenn wir von einem Baurecht sprechen, ist es wichtig, dass Sie ein bisschen die Größenordnung davon haben, was das kostet. Das letzte Baurecht, welches wir erworben haben, war bei der Spitex, dort haben wir für 700 m² 5.4 Mio. Franken investiert. Urs Rölli hat einmal von 400 m² gesprochen betr. dem Spielleuten-Pavillon. Wenn man das wirklich will, ist das zu diskutieren, dann ist es weniger eine Frage des Bebauungsplans, sondern dann wäre es eher die Frage, ob man ein Postulat eingeben müsste und schauen, ob das in diesem Rat überhaupt mehrheitsfähig ist. Weil wenn es dann kostet, sind die Mehrheiten plötzlich anders, als wenn es nur auf dem Wunschzettel steht. Man müsste sich überlegen, was es uns wert ist und vor allem müsste man zuerst noch wissen, was man dort hineintun will. Das S2 scheint uns für so etwas am Ehesten geeignet, weil es auch an dieser Hochschulpromenade steht, wo tatsächlich der Personenverkehr durchgeht. Was wir jetzt nicht sehen ist, dass wir jetzt einfach noch eine Signatur hineinmachen würden oder etwas ausschneiden würden auf irgendeinem dieser Freiräume und sagen würden, da kommt noch ein Kulturpavillon rein. Das hätte wahrscheinlich schon zu einem früheren Zeitpunkt bekannt sein müssen, dass man das in der Planung auch hätte berücksichtigen können. Jetzt würde man einfach einen Freiraum plötzlich völlig anders nutzen. Dieser hat ja auch entsprechend Zugänge und Publikumsverkehr. Aber wir haben das Anliegen der BVK damals

Thomas Zemp
(Die Mitte)

berücksichtigt, indem die Möglichkeit bestehen würde, ein EG für so etwas zu brauchen. Man müsste aber, wie gesagt, einen Vorstoss einreichen, und da müsste dann im Bereich der Kultur und der Immobilien diskutiert werden, was das in der Umsetzung bedeutet. Es wäre dann aber wichtig, dass man die Anforderungen hat, bevor man konkret ein Bauprojekt für S2 ausarbeitet.

Ich kann für die Gesamtübersicht noch etwas ergänzen. Ich hatte gestern ein Treffen mit der Geschäftsleitung der PH Luzern. Dort kam klar heraus, dass auf dem Campus, also dem Nachbargrundstück, in diesem Sinne drei Aulen stehen, welche für kulturelle Anlässe genutzt werden können. Diese sind typischerweise am Abend nicht wahnsinnig besetzt. Das muss man auch im Gesamtbild sehen, dort unten wird im grossen Stil Infrastruktur entstehen, das sind drei Aulen, teilweise bis 500 Plätze – man kann diese auch kleiner machen – die Horw nutzen kann. Wir sind daran zu schauen, mit der PH und auch mit der Hochschule, wie wir die Synergien nutzen können und dass das auch bereits in die Planung einfließen kann und wir davon profitieren können. Das muss man im Gesamtbild einfach noch mitnehmen, dass dort Infrastruktur entsteht, welche man für kulturelle Anlässe nutzen kann.

Gaudenz Zemp (FDP)

Vielen Dank für die Ausführungen des Gemeinderats. Ich hätte gerne drei Minuten Timeout, um mich kurz zu diesem Punkt zu besprechen, auch mit den anderen Parteien.

Sofia Galbraith (L20)

Timeout

Wir haben uns beraten und wir ziehen die Bemerkung zurück und werden – wie von Herr Zemp vorgeschlagen – zügig ein Postulat verfassen und einreichen.

Der Antrag auf Bemerkung ist zurückgezogen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Urs Steiger (L20)

Antrag auf Bemerkung der BVK

Art. 32, Abs. 1

Die BVK hat noch einmal einen Antrag. Die BVK ist grossmehrheitlich der Meinung, dass man nicht so aufführen müsse, welche verschiedenen Fachdisziplinen vertreten werden müssen und schlägt deshalb eine Vereinfachung vor: «Die Sicherstellung der verlangten hohen städtebaulichen und architektonischen Qualitäten im ganzen Bebauungsplanperimeter erfolgt durch die Fachkommission horw mitte. Der Fachkommission gehören mindestens fünf unabhängige, qualifizierte Fachpersonen aus Architektur und Landschaftsarchitektur oder verwandten Disziplinen an. Die Fachkommission kann bei Bedarf mit weiteren Fachspezialistinnen und Fachspezialisten insbesondere aus den Bereichen Sozialraum, Ökonomie und Klima ergänzt werden.» Es sind fünf unabhängig qualifizierte Fachpersonen und die Fachkommission kann zusätzliche Spezialistinnen und Spezialisten beiziehen, ohne die spezifischen Fachbereiche zu nennen.

Damit können wir gut leben. Heute sind die fünf Köpfe so zusammengesetzt, dass wir drei Architekten und zwei Freiraumarchitekten haben. Und je nach Situation können wir jemandem für beispielsweise sozialräumliche Geschichten zuziehen.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der BVK

Art. 32, Abs. 1

Die Sicherstellung der verlangten hohen städtebaulichen und architektonischen Qualitäten im ganzen Bebauungsplanperimeter erfolgt durch die Fachkommission horw mitte. Der Fachkommission gehören mindestens fünf unabhängige, qualifizierte Fachpersonen aus Architektur und Landschaftsarchitektur oder verwandten Disziplinen an. Die Fachkommission kann bei Bedarf mit weiteren Fachspezialistinnen und Fachspezialisten insbesondere aus den Bereichen Sozialraum, Ökonomie und Klima ergänzt werden.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 16:5 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Fortsetzung Detailberatung Bericht und Antrag Nr. 1768

Kapitel 6.7 Planungsvorteil (Mehrwertabgabe)

Ich habe einen Rückkommensantrag zu diesem Kapitel. Zurecht weist der Gemeinderat im Kapitel 6.7 auf Planungsvorteile mit der Folge der Mehrwertabgabe hin. Die SVP-Fraktion hat keinen Antrag dazu. Aber uns erstaunt die ganze Formulierung im Sinn von «vielleicht einen Planungsvorteil erfährt, möglicherweise Mehrnutzungen». Es ist offensichtlich, dass durch die Neuordnung eines Bebauungsplans und vor allem unmittelbar nach in Kraft treten der Ortsplanungsrevision durchaus das Potenzial von Mehrwert vorhanden ist. Und es ist mir einfach wichtig, darauf hinzuweisen, dass das von Gesetzes wegen zu einer Mehrwertabgabepflicht führt und nicht nur möglich, sondern eine Pflicht ist. Ich sage das bewusst so im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger. Ein schönes neues Quartier gibt mehr Bevölkerung, gibt eine Mehrbeanspruchung unserer Infrastrukturkosten und die Gemeinde Horw wird die Mehrwertabgabe brauchen und es ist in der Lehr- und Rechtsprechung bekannt, dass sehr oft auf das verzichtet wird. Ich begrüße, dass es hier eine Abklärung ist, das Ergebnis hätte mich sehr interessiert und ich belasse es heute bei der Frage an den Gemeinderat, was er heute sagen kann, für welchen Mehrwert und in welchem Umfang voraussichtlich Mehrwertabgaben anfallen.

Reto von Glutz (SVP)

Die Abklärungen laufen. Dass es eine Pflicht ist, die Mehrwertabgabe zu leisten, das ist völlig klar. Die Voraussetzung, diese zu leisten, ist, dass auch tatsächlich ein Mehrwert entsteht. Und das ist nicht ganz einfach bei diesem Bebauungsplan, weil das genau eine Prämisse war, dass man gesagt hat, man wolle eine Überführung machen von den bestehenden Volumen des alten in den neuen Bebauungsplan. Jetzt ist die Frage, was ist dann der Wert? Ist es das Volumen? Oder sind es die Nutzflächen? Früher hatten wir anrechenbare Geschossflächen - wir haben heute nicht mehr genau die gleichen Bemessungen, welche wir vorher hatten, und das macht es ein bisschen schwierig. Die Ausgangslage ist immer die, dass man eigentlich gar kein Mehrwert schaffen will im Sinne eines Mehrnutzens. Aber wir wissen auch heute - und das sind wir auch am Abklären, weil das PBG gewisse bauliche Möglichkeiten mit vorspringenden Gebäudeteilen zulässt, welche nicht anrechenbar sind, dann könnte es sein, dass es zu einem Mehrwert führt. Und deshalb gehen wir immer noch davon aus: Es war weder das Ziel noch die Absicht, Mehrwert zu generieren. Sonst hätten wir einen anderen Auftrag des Einwohnerrats haben müssen, man hätte sagen müssen, wir bauen noch einmal 20 % mehr Nutzung ein, damit wir 20 % Mehrwert abschöpfen können. Deshalb haben wir das so geschrieben. Wir klären jetzt ab, ob es etwas gibt.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Abstimmung Beschlüsse

- 1. Der Planungsbericht «Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw – Teil West» wird einstimmig mit 23 Stimmen zur Kenntnis genommen.**
- 2. Das Postulat Nr. 2023-770 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden, «Planungszone beim Bebauungsplan Horw Mitte, Teil West, soll so ausgestaltet werden, dass ein Kulturpavillon erstellt werden kann» wird einstimmig mit 23 Stimmen abgeschrieben.**
- 3. Das Postulat Nr. 2024-779 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden «Planungsbericht zu Umzonung Grundstücke Nrn. 495, 64 und 911, Horw, in eine «Öffentliche Parkanlage Sternenried / Brünigweg» wird einstimmig mit 23 Stimmen abgeschrieben.**

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1768 Planungsbericht "Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof - Teil West" wird einstimmig mit 23 Stimmen zugestimmt.

4. Fragestunde

-

5. Dringliches Postulat Nr. 2025-800 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Solidarität mit den Menschen im Lötschental

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit mache ich beliebt, heute noch das dringliche Postulat von Stefan Maissen zu behandeln und die vier weiteren Vorstösse auf das neue Legislaturjahr zu verschieben. Dazu gibt es keine Gegenstimmen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Die Ausgangslage ist klar, die muss ich Ihnen nicht noch einmal erläutern. Das Ereignis in Blatten hat alle aufgewühlt und ist eine grosse Geschichte, die wahrscheinlich als Jahrtausendereignis in die Geschichte eingehen wird. Horw ist bekanntlich die Partnergemeinde von Gampel-Bratsch und ich wünsche mir nicht nur ein finanzielles Engagement, deshalb meine drei Anliegen im Postulat, von welchen sicher eines bereits erfüllt ist. Die anderen beiden sind, wie man allenfalls die Hower Bevölkerung in eine Unterstützungsaktion einbinden kann und ob es weitere sinnvolle Unterstützungsmassnahmen der Gemeinde in Koordination mit der Partnergemeinde Gampel-Bratsch oder den zuständigen Stellen vor Ort geben kann. Ich bin gespannt auf die Antwort des Gemeinderates.

Stefan Maissen (FDP)

Der Postulant hat es gerade selbst ausgeführt, es sind drei Sachen, die man zur Prüfung in den Auftrag gibt. Wir haben das angeschaut. Der erste ist, dass man aus dem laufenden Budget eine finanzielle Unterstützung machen würde. Das haben wir gemacht. Wir haben das Budget, wie ich es schon bei der Dringlichkeitsdiskussion gesagt habe, von 10'000 Franken jährlich wiederkehrend - 5'000 Franken sind vorgesehen für Spenden im Ausland und 5'000 Franken im Inland. Wir haben uns entschlossen, in diesem Jahr nichts ins Ausland zu spenden, sondern die ganzen 10'000 Franken im Inland zu spenden, konkret für Blatten. Von uns aus gesehen ist dieser Prüfauftrag abgeschlossen und läuft bereits. Das Zweite ist das Einbinden der Horwer Bevölkerung, auch dort wurden wir aktiv. Wir werden im Blickpunkt einen Beitrag zu diesem Thema haben, dort wird auch ein QR-Code drin sein, wo man auf die Glückskette einzahlen kann. Wir haben uns entschieden, nicht selbst eine Aktion zu machen, die Experten sagen, man sollte sich hier nicht verzetteln, man soll bei den professionellen Institutionen andocken, die dafür zuständig sind und wir denken, die Glückskette ist eine Institution, welcher die Horwer Bevölkerung vertraut und wir können die Hoffnung haben, dass hier auch etwas gespendet wird. Also auch der zweite Punkt ist aus unserer Sicht geprüft und bereits in der Umsetzung. Jetzt der dritte Punkt, dieser schaut weiter. Wie kann man da aktiv werden mit Unterstützungsmassnahmen, vielleicht auch mit der Partnergemeinde Gampel-Bratsch. Dort ist es so, dass auch alle Experten sagen, man soll jetzt zuerst einmal warten, bis sich die Situation geklärt hat. Ich meine, wir haben hier ein Volumen, das unglaublich hoch ist. Bei der versicherten Summe sprechen wir von etwa 300 Mio. Franken, das sind aber primär Gebäude, aber es gibt dann noch sehr viel mehr. Also wir haben ein unglaubliches Volumen, das da ist und das wird auch sehr lange dauern, bis man da die Lösung hat. Und jetzt sollte man wirklich zuerst einmal abwarten, bis der Bund und die Kantone ihre Arbeit gemacht haben, und dann sieht man dann langsam, was noch fehlt und dort sind wir bereit zu schauen, was eine Gemeinde Horw machen kann. Vis-à-vis der Dimensionen wird das ein Tropfen auf den heissen Stein sein, aber nichtsdestotrotz werden wir das Prüfen und schauen, wie wir dort aktiv werden können - auch zusammen mit unserer Partnergemeinde. Auch diesen Auftrag haben wir von uns aus gesehen bereits geprüft und das wird entsprechend umgesetzt. Mit anderen Worten, wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen, stellen aber gleichzeitig den Antrag, dass man es gerade heute wegen der Erfüllung auch wieder abschreibt. Dass man das nicht mitnimmt, sondern dass

Gaudenz Zemp (FDP)

man den Gemeinderat jetzt die Sache um-setzen lässt und dass man das Postulat auch gerade wieder herausnimmt und wir entsprechend zuarbeiten können.

Ich danke dem Gemeinderat für den Entgegennahme des Postulats. Ich sehe auch, dass die ersten beiden Anliegen bereits erfüllt sind. Man kann natürlich immer über die Höhe des Betrags streiten, aber der ist tiptop, darüber bin ich sehr froh. Der dritte Teil ist langfristig, da hat Herr Zemp völlig recht, und ich kann damit leben, wenn wir das Postulat abschreiben. Ich bin einfach froh, wenn dann die Berichterstattung entsprechend in der einen oder anderen Form stattfinden kann, weil es bei den unerledigten Geschäften nicht mehr erscheint. Ich bin mit der Abschreibung einverstanden.

Stefan Maissen (FDP)

Abstimmung:

Das Postulat wird einstimmig mit 23:0 Stimmen abgeschrieben.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

6. Ersatzwahlen Kommissionen:

- **Geschäftsprüfungskommission**
- **Controllingkommission "Ergänzungsbau Schulanlage Allmend"**
- **nichtständige Kommission "Personalreglement"**

Die Wahlen sind ab dem neuen Legislaturjahr gültig, also ab dem 1. September 2025 und nicht per sofort. Bevor wir zur Wahl kommen, noch zur Erinnerung: Gemäss Art. 80 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats darf kein Ratsmitglied den Saal bis zur Beendigung des Wahlakts verlassen. Ich bitte Sie, das so zu befolgen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Die Wahlzettel werden verteilt.

Wahl Ersatzmitglied Geschäftsprüfungskommission

Als Nachfolgerin für Francesca Schoch schlagen wir Ihnen seitens FDP Frau Carla Hool vor, welche nach einem Jahr Einwohnerrat sowie mit ihrem beruflichen Hintergrund bestens dafür geeignet ist.

Jürg Biese (FDP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	24
Eingegangene Stimmzettel	24
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	24
Absolutes Mehr	13
Vereinzelte	0

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Carla Hool, FDP, ist mit 24 Stimmen gewählt. Ich gratuliere Carla Hool zur Wahl.

Wahl Ersatzmitglied Controllingkommission "Ergänzungsbau Schulanlage Allmend"

Auch bei dieser Wahl handelt es sich um den Ersatz von Frau Francesca Schoch. Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Jürg Biese als neues Mitglied der Controllingkommission «Ergänzungsbau Schulanlage Allmend» vor. Wir sind sehr überzeugt, dass Jürg Biese mit seinen über 27 Jahren Berufserfahrung im Bauwesen einen grossen Mehrwert in diese Kommission bringen kann.

Ramon Bisang (FDP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	24
Eingegangene Stimmzettel	24
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	24
Absolutes Mehr	13
Vereinzelte	0

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Jürg Biese, FDP, ist mit 24 Stimmen gewählt. Ich gratuliere Jürg Biese zur Wahl.

Wahl Ersatzmitglied nichtständige Kommission "Personalreglement"

Als Mitglied der nichtständigen Kommission «Personalreglement» schlägt die FDP auch hier Carla Hool vor.

Jürg Biese (FDP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	24
Eingegangene Stimmzettel	24
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	24
Absolutes Mehr	13
Vereinzelte	0

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Carla Hool, FDP, ist mit 24 Stimmen gewählt. Ich gratuliere Carla Hool zur Wahl.

7. Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2025/2026:

- **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrats**
- **Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrats**
- **Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrats sowie deren oder dessen Stellvertretung**
- **Wahl von zwei Stimmenzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrats sowie deren oder dessen Stellvertretungen**

Ich begrüsse Ernst II, Ernst Feusi, Eglivater 2025. Ich war an seiner Inthronisation, deshalb habe ich ihn zu meiner Exthronisation eingeladen und an die Inthronisation von Jürg Biese. Ich begrüsse meine Familie. Während der Wahlen werden wir musikalisch von der Musikschule Horw begleitet, ich begrüsse das Ensemble «Pop-Chörli» unter der Leitung von Katrin Lüthi. Ebenfalls begrüsse ich Hanspeter Oggier, Stv. Leiter der Musikschule Horw.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrats

Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Jürg Biese als Präsident des Einwohnerrats vor. Jürg Biese ist seit 2011 Mitglied des Einwohnerrats, seit 2016 präsidiert er die Bau- und Verkehrskommission. 2017 hat er zudem das Amt des Fraktionschefs übernommen und führt seither unsere Fraktion umsichtig und klug. Politisch ist Jürg Biese bekannt für seine unglaubliche Dossierkenntnisse, sein hohes Fachwissen in Raumplanungs-, Bau- und Verkehrsthemen, aber auch für seine Hartnäckigkeit und Konsequenz. Er ist aber immer offen für andere Meinungen und Inputs aus anderen Fraktionen, um im Sinn der Sache gute und für alle tragbarere Lösungen zu finden. Als stellvertretender CEO der Firma Gasser Felstechnik ist er sich schwierige Baustellen gewohnt. Er wird deshalb die Sitzung des Einwohnerrats sicherlich souverän leiten. Die FDP-Fraktion dankt für Ihre Unterstützung.

Stefan Maissen (FDP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	24
Eingegangene Stimmzettel	24
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	2
Gültige Stimmzettel	22
Absolutes Mehr	13
Vereinzelte	0

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Gewählt ist Jürg Biese, FDP mit 22 Stimmen zum neuen Einwohnerratspräsident 2025/26. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl.

Herr Biese, nehmen Sie diese Wahl an?

Als ich festgestellt habe, dass heute so wenige Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend sind und mir die Stimme geben könnten, habe ich fast Sorgen bekommen, es könnte ja auch sein, dass mir jemand die Stimme nicht gibt. Und deshalb habe ich mir überlegt, was ich mache, um die Einwohnerräte, welche anwesend sind, zu beeinflussen. Deshalb habe ich Ihnen allen eine Einladung zu einem gemütlichen Abendessen auf den Tisch gelegt. Sogar noch mit einem Wahlkampfeslogan. Ich bin froh, dass dies bei fast allen gewirkt hat und ich danke fürs Vertrauen und erkläre Annahme der Wahl und freue mich auf das Amtsjahr.

Jürg Biese (FDP)

Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrats

Die SVP schlägt Ihnen für das nächste Amtsjahr als Vizepräsident Roger Georgy vor. Roger Georgy ist seit 2021 bei uns im Rat. Er hat sich in der BüDe eingesetzt und mitgearbeitet und bringt schon im Vorfeld grosse Erfahrungen in politischen Gremien, wo er sich bereits einsetzen und engagieren konnte, mit. Mit Freude schlagen wir Ihnen Roger Georgy vor und danken für Ihre Unterstützung.

Reto Eberhard (SVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	24
Eingegangene Stimmzettel	24
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	2
Gültige Stimmzettel	22
Absolutes Mehr	13
Vereinzelte	0

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Roger Georgy, SVP, ist mit 22 Stimmen für das nächste Amtsjahr zum Vizepräsidenten gewählt. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl zur Wahl.

Herr Georgy, nehmen Sie die Wahl zum Vizepräsidenten an?

«All the leaves are grey» (bezugnehmend auf das Lied des Pop-Chörlis), das heisst oder zeigt, dass ich schon nahe am Peak meiner politischen Karriere angelangt bin und ich danke für die Wahl und das Vertrauen und freue mich, Jürg Biese zu unterstützen. Ich nehme die gerne Wahl an.

Roger Georgy (SVP)

Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrats sowie deren oder dessen Stellvertretung

«Altbewährtes» könnte man fast sagen, die SVP schlägt Ihnen den bisherigen Sekretär Maximilian Holzer als Sekretär und Hans Stampfli als sein Stellvertreter vor.

Reto Eberhard (SVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	24
Eingegangene Stimmzettel	24
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	1
Gültige Stimmzettel	24
Absolutes Mehr	13
Vereinzelte	0

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Gewählt als Sekretär ist Maximilian Holzer, SVP, mit 23 Stimmen und als sein Stellvertreter Hans Stampfli, SVP, mit ebenfalls 23 Stimmen.

Wahl von zwei Stimmzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrats sowie deren oder dessen Stellvertretungen

Pius Barmet (GLP)

Wir haben das Glück, dass wir auf Kontinuität und Erfahrung setzen können und schlagen die Bisherigen vor. Die Mitte/GLP schlägt Daniela Luthiger als Stimmzählerin und André Fallet als Stellvertreter vor.

Wir setzen auf bewährte Werte und schlagen Ihnen Jonas Heeb als Stimmzähler vor und als Stellvertreterin Sofia Galbraith.

Philipp Peter (L20)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	24
Eingegangene Stimmzettel	24
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	24
Absolutes Mehr	13
Vereinzelte	0

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Als Stimmzählende gewählt sind Daniela Luthiger, Die Mitte und Jonas Heeb, L20 mit je 24 Stimmen.

Als Stellvertretende der Stimmzählenden gewählt sind André Fallet, GLP sowie Sofia Galbraith mit je 24 Stimmen.

Ich bedanke mich bei den jungen Musikerinnen und Musiker der Musikschule für diesen schönen Einsatz. Es hat das strenge Ritual der Wahlen aufgelockert und feierlich umrahmt. Gerne überreiche ich als Dankeschön ein kleines Präsent.

Verabschiedung

Die Fraktionen verabschieden Francesca Schoch, welche den Einwohnerrat per 31. August 2025 verlässt. Sie überreichen Präsente. Im Gemeinderat wird sie am 28. August 2025 verabschiedet.

Danksagungen

Die Fraktionen danken Bettina Beck Bertschmann für die gute Ratsführung während ihres Präsidialjahres 2024/2025 und überreichen Präsente. Gemeindepräsident Gaudenz Zemp dankt Bettina Beck Bertschmann ebenfalls für ihr Engagement als Einwohnerratspräsidentin im vergangenen Amtsjahr und überreicht ein Präsent.

Schlusswort

Ich bedanke mich ganz herzlich für diese sehr wohlgemeinten und aufbauenden Worte. Ich bin froh, dass es so gut gelaufen ist. Sicher war ich mir nicht immer. Überzeugt davon, in einer der schönsten Gemeinden zu leben, habe ich vor fast einem Jahr das Amt als Einwohnerratspräsidentin angetreten. Mittlerweile bin ich sicher, es ist eine absolut lebenswerte Gemeinde und ein Ort, wo man sich aufgehoben fühlen kann. Gerne erinnere ich mich an die erste Sitzung, die ich leiten durfte. Wirklich da vorne zu sitzen und den Überblick über die engagierten Wortmeldungen und die Traktanden zu haben, und dann irgendwie die Worte zu einem Ergebnis zu sammeln, war spannend. Es wurde debattiert, gestritten und zum Teil ging es sogar leidenschaftlich hin und her. Aber was ich ganz sicher sagen kann, ist, man spürt, dass der Einwohnerrat und der Gemeinderat sich wirklich engagieren, dass Horw attraktiv bleibt. Die Meinungen gehen manchmal ein bisschen auseinander, trotzdem ist Horw gut für die Zukunft aufgestellt. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kürze ich jetzt ab und komme direkt zum Dank. Das Jahr hat gut geklappt und das ist auch meiner Familie zu verdanken. Meinem Mann Michael sowie meinen Söhnen. Sie sind froh, nicht mehr ständig vorgekochte Spaghetti Bolognese essen zu müssen. Ich danke euch für das Verständnis und die Unterstützung. An dieser Stelle möchte ich mich auch herzlich bei allen bedanken, welche sich mit Herzblut dafür eingesetzt haben, dass der Ratsbetrieb innen und aussen funktioniert. Innerhalb habe ich vom Einwohnerrat selbst ab und zu eine Mitteilung bekommen und eine Korrektur und von aussen ebenfalls - mit einem Gespräch oder einem Telefon oder einer Mail. Mein herzliches Dankeschön geht an die Personen, welche für Horw für den Einwohnerrat arbeiten. Ein Dankeschön geht an Gemeindeschreiber Michael Siegrist. Deine entspannte Art hat meine grossen Hürden kleiner gemacht, als sie mir vorgekommen sind. Du hast mich in die Systematik der Ratsführung eingeweiht. Dein Humor - auch während der Sitzung - hat mir immer geholfen. Grossen Dank auch an unsere Ratsweibelin Maya Niederberger. Mit Lichtgeschwindigkeit hast du dich eingearbeitet und mit deiner Umsicht und dem guten Verständnis für die Bedürfnisse des Einwohnerratspräsidiums mich wirklich sehr unterstützt. Danke. Und dein Ratsprotokolle waren immer unbestritten. Vielen Dank auch an die Kommunikationsabteilung, heute vertreten durch Priska Schmid. Die Zusammenfassungen aus den langen Diskussionen waren immer spannend zu lesen und haben mich beeindruckt. Ein weiteres herzliches Dankeschön an die beiden Hauswarte Guido Vogel und Dario Fässler. Sie bauen Mobiliar und Technik für uns auf und nach der Sitzung in der Nacht bauen sie wieder ab, ohne sie geht nichts. Das Amt war mir eine grosse Ehre. Jetzt überlasse ich das Feld unserem neu gewählten Präsident Jürg Biese.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Hinweis

Die Voten sind bis morgen an gemeindekanzlei@horw.ch einzureichen.

Bettina Beck Bertschmann
Einwohnerratspräsidentin

Maya Niederberger
Protokollführerin

Versand: 16. Juli 2025